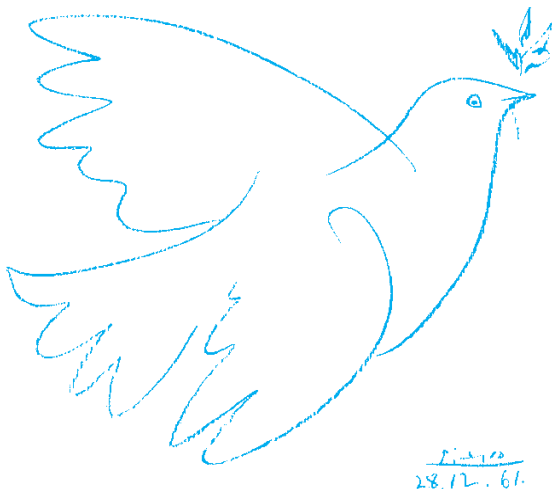




Unsere Welt



«Sprecht mir nach: Wir sind Syrische Rebellen...». Karikatur transcend.org

Bericht einer Friedensdelegation nach Syrien und Libanon

Für Dialog und Versöhnung

Nach einem zehntägigen Besuch in Libanon und Syrien als Leiterin einer 16köpfigen Delegation von Mussalaha International aus acht Ländern ist Friedensnobelpreis-Trägerin Mairead Maguire mit der Hoffnung zurückgekehrt, dass Frieden in Syrien möglich ist, wenn jede Einmischung von aussen gestoppt und den Syrern gestattet wird, unter Respektierung des Rechts auf Selbstbestimmung ihre eigenen Probleme zu lösen.

Von Mairead Maguire

Während unseres Besuchs suchten wir Flüchtlingslager und betroffene Gemeinwesen auf, trafen Religionsführer, Regierungsvertreter, Delegationen der Opposition und viele andere, Täter und Opfer, in Libanon und Syrien.

1. Besuche in Flüchtlingslagern: Im Libanon besuchten wir einige Flüchtlingslager, die von libanesischen oder palästinensischen Gemeinwesen beherbergt werden. Eine Frau sagte: «Bevor dieser Konflikt begann, waren wir glücklich und hatten ein gutes Leben (in Syrien sind Bildung und Gesundheitswesen kostenlos und Treibstoff wird subventioniert), und jetzt leben wir in Armut.» Ihre Tochter und Schwiegersohn (Pharmazeutin und Ingenieur) standen auf dem Betonboden in einem palästinensischen Flüchtlingslager, ohne eine Matratze, berichteten uns, dass diese Gewalt zu jedermanns Überraschung ausgebrochen ist und sich so schnell verbreitete, dass sie alle noch immer unter Schock standen, aber als gut bewaffnete fremde Kämpfer nach Homs kamen, ihre Häuser übernahmen, ihre Frauen vergewaltigten und junge Männer tö-

teten, die sich weigerten, mit ihnen mitzumachen, flüchteten die Menschen vor Entsetzen. Sie berichteten, dass diese fremden Kämpfer aus vielen Ländern kamen, es waren Libyer, Saudis, Tunesier, Tschetschenen, Afghanen, Pakistanis, Leute aus den Emiraten, Libanesen, Jordanier, Türken, Europäer, Australier, und diese Banden werden von Regierungen im Ausland finanziert und ausgebildet. Sie schnallen Leuten Sprengstoffwesten um und drohen, sie in die Luft zu jagen, wenn sie nicht tun, was ihnen befohlen wird. Eine Flüchtlingsfrau fragte mich: «Wann können wir nach Hause gehen?» (...)

Viele Menschen sind geflüchtet in Lager in Nachbarländern wie der Türkei, Jordanien oder Libanon, die allesamt versuchen, mit dem grossen Zustrom syrischer Flüchtlinge zurechtzukommen. Obwohl die Gastgeberländer ihr Bestes geben, werden sie überwältigt durch die Zahl der Flüchtlinge. (UNHCR spricht offiziell von einer Million). Durch unsere Treffen wurden wir informiert, dass die Türkei syrische Flüchtlinge einlädt, ins Land zu kommen und ihnen dann verbietet, wieder zurückzukehren. Es ist dokumentiert, dass syrische Flüchtlinge in der Türkei und Jordanien schlecht behandelt werden. Einige

junge syrische Flüchtlingsmädchen werden in Jordanien zur Zwangsheirat verkauft. Aus Berichten des OHCHR (Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte) wissen wir, dass mehr als vier Millionen Syrer innerhalb des eigenen Landes auf der Flucht sind und in grosser Not leben.

Ein Vertreter des Roten Kreuzes sagte uns, dass im ganzen Land alle NGOs und der syrische Rote Halbmond in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium ihrer Arbeit freinachgehen können und dass sie unter diesen bedrückenden Umständen ihr Bestes geben, um so vielen Menschen wie möglich zu helfen. Allerdings haben sie nur sehr wenige Mittel zur Verfügung, um mit dieser humanitären Tragödie von Flüchtlingen und im Inland auf der Flucht befindlichen zurechtzukommen. Die wirtschaftlichen Sanktionen verursachen wie im Irak für viele Menschen grosse Probleme, und alle, die wir getroffen haben, forderten, dass sie aufgehoben werden sollen. Unsere Delegation forderte die Aufhebung dieser illegalen Sanktionen unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika, die die syrische Bevölkerung aus rein politischen Gründen treffen, um einen Regimewechsel zu erreichen.

2. Krankenhäuser: Wir besuchten die Krankenhäuser und sahen viele Menschen, die verletzt waren durch Schüsse, Bomben und bewaffnete Angriffe. Ein gemässigter sunnitischer Imam erzählte mir, wie er von Jih-

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

36. Jahrgang
Nr. 2 – 2013
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Vatikan: Erinnerung an den Papst des Friedens	3
Italien: Rote Hände über der Armee	3
Kuba: Unerschöpfliche Kreativität	4
Syrien I: Über die Islamisierung einer Gesellschaft	5
Syrien II: Assad setzt Giftgas ein?	6
Venezuela: Dialog mit der Privatwirtschaft	7
Babylon: Assata for President!	8

Rege Diskussionen an der 62. SFB-Jahrestagung Friedenskampf bewegt

Mit einem Aufruf an den Bundesrat, sich energisch für ein internationales Verbot sämtlicher Waffenlieferungen ins syrische Konfliktgebiet und für eine Syrien-Friedenskonferenz ohne Ausschlüsse einzusetzen endete am 25. Mai 2013 in Basel die 62. Jahrestagung der Schweizerischen Friedensbewegung. Zuvor war unter anderem engagiert zur GsoA-Initiative für die Aufhebung der Wehrpflicht debattiert worden.

Von Simon Morgenrot

Ältere und jüngere Aktivistinnen und Aktivisten der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) fanden sich am 25. Mai 2013 im Basler Rebhaus zu ihrer 62. Jahrestagung zusammen. SFB-Sekretär Jonas Jäggi erinnerte in seinem Jahresbericht an einige der Aktivitäten der SFB, die mit ihrer Präsenz an zwei Tagungen des Weltfriedensrates – in Zypern und in Nepal – 2012 ihren Willen bekräftigte, die traditionellen Beziehungen zur weltweiten Friedens- und Solidaritätsbewegung wieder enger zu knüpfen. Ausgemacht wurde mit dem Weltfriedensrat unter anderem, dass die SFB dessen ständigen Sitz an der UNO-Menschenrechtskonferenz in Genf wahrnehmen wird. Sobald die Akkreditierungsformalitäten zu Ende geführt sind, wird Samuel Wanitsch diese Aufgabe für die SFB respektive den Weltfriedensrat übernehmen. Neben einem Anlass zum Weltfriedenstag vom 21. September mit Prof.

Ueli Mäder und der Vorstellung der Friedensbewegung an einem Seminar des Kommunistischen Jugendverbandes war das SFB-Sekretariat 2012 vor allem auch mit der administrativen Reorganisation beschäftigt. So musste unter anderem eine über 25jährige Software zur Verwaltung der ca. 8000 Adressen abgelöst und in eine moderne Lösung überführt werden, die u.a. den Anforderungen der Post genügt. Auch standen Renovationen der Räumlichkeiten an, welche die Schweizerische Friedensbewegung dank der Genossenschaft Torstübli seit nunmehr 15 Jahren kostenlos nutzen darf. Weiterhin als Baustelle bezeichnet werden darf die Webseite der Friedensbewegung (friedensbewegung.ch), die sich vom Erscheinungsbild her zwar sehr gut präsentiert, aber inhaltlich hintennach hinkt.

Informations-Guerilla

Regelmässig erschien dank den zahlreichen Spenderinnen und Spendern
Fortsetzung Seite 2

Tanzen ohne Riot

-rumo. Haben Sie den Schweizer Eisgenossen auch zugeschaut wie sie in Stockholm getanzt haben? Sogar Ueli Maurer, der mit der besten Armee der Welt, hat live im Stadion zugehört wie die Schweizer Eishockeyspieler sich zu den zweitbesten der Welt gekürt haben. Dass er seinen Besuch in Schweden auch für G ripen-Gespräche genutzt haben soll ist ein Gerücht. Schliesslich ist er nicht nur Militär- sondern auch Sportminister. Diese Kombination hat in vielen Ländern Tradition. Das gibt uns doch die leise Hoffnung, dass «die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln» mal nicht Krieg und Elend bedeutet, sondern fairen völkerverbindenden Sport.

Einen ganz anderen Tanz konnte dieser Tage Bern erleben. «Tanz dich frei» hiess eine via Facebook kolportierte und von den Behörden nicht bewilligte Veranstaltung. Mehr als 10 000 junge Menschen nahmen daran teil und eine Hundertschaft von Chaoten sorgte dafür, dass der Tanz mit Krawall und Zerstörung endete. Die Medien haben in der üblichen Weise berichtet, die Empörung wurde organisiert. Ausnahme: ein Interview mit dem Soziologieprofessor Clifford Stott. Er ist Riot-(Krawall) Experte in England und befasst sich vor allem mit Fussball-Hooligans. Befragt zu den Ereignissen in Bern sagte er unter anderem: «Es geht darum, die Unruhestifter so schnell wie möglich zu isolieren, damit sie nicht in der friedlichen Masse untertauchen und diese manipulieren und anstacheln können». Wow! Was für ein Konzept für die internationale Friedensbewegung! Isolieren wir die Unruhestifter und Kriegstreiber weltweit, lassen wir nicht zu, dass sie in der friedliebenden Masse untertauchen und lassen wir uns nicht mehr manipulieren und anstacheln. Nehmen wir Ueli Maurer und seinen Kollegen ihre Armeen weg. Den Sport sollen sie behalten.

Dieser Ausgabe von «Unsere Welt» liegt ein Einzahlungsschein bei, wir bitten Sie um Ihre Unterstützung. Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7



Ausschnitt aus dem Plakat «Kriegsverbot» von Idania Dorta (Kuba/ACCS)

62. Jahrestagung...

Fortsetzung von Seite 1

auch 2012 die Zeitung der SFB, «Unsere Welt». «Wenn die Meinungsmonopole ihre Produkte einsetzen als Massenverdummungsmittel, greifen wir als Teil der weltweiten Informations-Guerilla zur Waffe der Aufklärung, der Gegeninformation», meinte UW-Redaktor Martin Schwander und wies auf die Rolle der Massenmedien in der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung hin «Mit unsern bescheidenen Mitteln versuchen wir, dem entgegenzuhalten und unsere Zeitung einzusetzen zur Kriegsverhinderung, zur Entlarvung der Kriegspropaganda.» Die weltweiten Themen zu Krieg, Abrüstung und Solidarität mit den Völkern, die für ihr Recht auf Selbstbestimmung kämpften, seien auch 2012 in der Zeitung ausführlich reflektiert worden, hingegen fehlte weitgehend die kritische Auseinandersetzung mit der Politik des eigenen Landes, bedauerte Schwander in seinem Rückblick. Im Namen der Redaktion bedankte er sich bei den zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die den raschen Versand der Zeitung jeweils ermöglichten und auch sonst für eine gute Verbreitung der neusten Ausgaben sorgten. Stellvertretend für die Helferschar wurde an der Jahrestagung Hansjörg Hofer geehrt, der die UW seit ihrer Gründung vor nunmehr 36 Jahren in seinem Wohnquartier jeweils zu Hunderten in die Briefkästen gesteckt hat und diese Aufgabe nun gerne jüngeren Kräften übergeben möchte.

Wie die SFB dereinst ihre Auflösung feiern will...

Nach Abnahme des Kassenberichtes, der ein Defizit von Fr. 3 200.– bilanzieren musste, verabschiedete die Versammlung einstimmig eine geringfügige Änderung der Vereinsstatuten aus den 80er Jahren. Ohne den Charakter einer Bewegung verlieren zu wollen, wird die SFB künftig vermehrt formelle Vereinsmitgliedschaften anstreben, setzt jedoch mit einem geringen Jahresbeitrag von Fr. 20.–, welcher gleich auch noch das Abonnement für die UW beinhaltet, die Mitgliedsliste bewusst tief an. Unverändert blieb Art. 7, der – obwohl die Auflösung zum Thema – programmatischen Charakter hat: «Der Verein hat seinen Zweck erfüllt, wenn die vollständige Abrüstung auf der ganzen Welt durchgeführt ist, wenn Hunger, Unwissenheit und Elend beseitigt sind, wenn der Krieg für immer

abgeschafft ist und wenn alle Menschen miteinander und mit der Natur in Frieden leben. Wenn das erfüllt ist, wird der Verein mit einem grossen Kinderfest aufgelöst.»

Einstimmig wiedergewählt wurde schliesslich das Sekretariat, welches sich selbst konstituieren wird. Von den Bisherigen stellten sich Franziska Genitsch, Christoph Jäggi, Jonas Jäggi, Antoinette Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler und Monika Waser für eine weitere Amtsdauer zur Verfügung, während der scheidende Matthias Goldschmidt durch Samuel Wanitsch ersetzt wurde. Neu als Revisoren amten Anna-Lise Nicolodi und Yannik von den Berg.

Nach dem geschäftlichen Teil dominierte zunächst Kuba den weiteren Verlauf der Jahrestagung. Als Leserreise der UW organisiert, bereiste im April eine 19-köpfige Gruppe aus der Schweiz die Karibik-Insel und Anna-Lise Nicolodi berichtete den Anwesenden engagiert über ihre Erlebnisse und Eindrücke als Teilnehmerin dieser Reise (siehe separater Bericht in dieser UW).

Meinungsvielfalt

Zeitlich eher knapp wurde es schliesslich für die rege benutzte Diskussion um die GsoA-Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht, welche innerhalb der Friedensbewegung ein sehr breites Meinungsspektrum offenbarte. Plädierten die einen dafür, sich weiterhin auf die totale Abschaffung der Armeen weltweit einzusetzen, warnten andere vor der Gefahr, dass sich bei einer Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht obskure Privatarmeen als Alternative anbieten könnten. Wiederum andere meinten, wenn schon eine Armee aufrechterhalten werde, dann eine möglichst demokratische, das heisst von allen Bevölkerungsschichten durchdrungene Miliz-Organisation, was die GsoA-Initiative aber unterlaufe. Hingewiesen wurde schliesslich auf den gesellschaftlichen Nutzen eines Sozialjahres als pflichtiges Äquivalent zur Wehrpflicht, das sowohl für Frauen wie Männer und – Pass-unabhängig – für alle Niedergelassenen gelten würde.

Eine Parole wurde vorläufig nicht gefasst. Einhellig waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jahrestagung hingegen in ihrer Aufforderung an den Bundesrat, sich für ein striktes internationales Verbot von Waffenlieferungen in das syrische Konfliktgebiet einzusetzen und sich stark zu machen für eine Friedenskonferenz, die niemanden ausschliesst. Ein entsprechender offener Brief an die Landesregierung wurde einstimmig verabschiedet.

Für Dialog und Versöhnung...

Fortsetzung von Seite 1

disten entführt wurde, die ihn folterten, sein Ohr abschnitten, seine Kehle zu durchschneiden versuchten, seine Beine aufschlitzten und ihn als vermeintlich tot liegen liessen. Er sagte uns: «Diese Männer (...) sind keine wahren Moslems, sondern religiöse Extremisten, die unsere Menschen terrorisieren, entführen, töten.» (...)

3. Treffen mit der Opposition:

Unsere Delegation nahm teil an einem offenen Forum mit vielen Vertretern der oppositionellen Parteien. Ein politischer Gegner, der unter dem Assad-Regime 24 Jahre lang im Gefängnis sass und seit 11 Jahren in Freiheit lebt, will einen politischen Wechsel mit mehr als 20 weiteren Teilen der inneren Opposition, aber ohne Einmischung von aussen und ohne Gewalt. Wir trafen uns in einer Gemeinde mit Leuten der ‚bewaffneten‘ Opposition, welche sagten, dass sie das Angebot einer Amnestie seitens der Regierung akzeptierten und für einen friedlichen weiteren Weg vorwärts arbeiteten. Ein Mann sagte mir, er habe von Jihadisten Geld genommen, um zu kämpfen, war aber schockiert von ihrer Grausamkeit und der Art und Weise, wie sie syrische muslimische Glaubensbrüder behandelten, die sie nicht als wirkliche Moslems betrachteten. Er sagte, dass die fremden Jihadisten Syrien übernehmen wollten, nicht retten.

Am 10. Mai fuhr ein Teil unserer Delegation nach Homs, auf Einladung der oppositionellen Gemeinde Al Waar, wo vertriebene Familien aus Baba Amro, Khalidiyeh und anderen Rebellengebieten Zuflucht suchen. Die Delegation sah alle Bedingungen in dieser Stadt und prüfte ein Pilotprojekt für Versöhnung und friedliche Reintegration zwischen dieser Gemeinde und den umgebenden Nicht-Rebellen-Gemeinden (Schiiten und Alewiten) (...).

4. Treffen mit Regierungsvertretern:

Unsere Delegation traf und sprach im Parlament mit dem Governor, Premierminister und sieben anderen Ministerien. Wir erfuhren Einzelheiten über die neue Verfassung und politische Reformen, die eingeführt werden, sowie Pläne für Wahlen im kommenden Jahr 2014. Regierungsminister gaben zu, dass sie Fehler gemacht hatten, indem sie nur langsam auf berechnete Forderungen nach Änderung seitens der Zivilgesellschaft reagierten, dass diese aber jetzt umgesetzt würden. Sie sagten uns, dass der Konflikt zu Beginn friedlich auf Änderung gerichtet war, sich aber schnell zu Blutvergiessen wandelte, als bewaffnete Männer viele Soldaten töteten.

(...) Als wir den Premierminister bezüglich der Anschuldigung befragten, die syrische Regierung habe Sarin-Gas eingesetzt, sagte er uns, dass sofort, nachdem die Nachricht aus Aleppo kam, dass angeblich Gas eingesetzt worden war, seine Regierung die UNO einlud, um das zu untersuchen, aber nichts von dieser hörte. Vor kurzem allerdings bestätigte eine UNO-Ermittlerin, Hochkomissarin Carla Del Ponte, dass es die Rebellen waren und nicht die syrische Regierung, die das Sarin-Gas benutzten. Bei dem Treffen mit dem Justizminister ersuchten wir, dass 72 nicht gewalttätige politische Dissidenten, die zur Zeit inhaftiert sind, entlassen werden sollten. Nachdem er diese Liste überprüft hatte, sagte der Justizminister, er würde grundsätzlich der Entlassung dieser nicht gewalttätigen Gefangenen zustimmen. Er informierte uns auch, dass die Todesstrafe nicht vollstreckt wird und Hoffnung besteht, dass die Todesstrafe abgeschafft werden wird, nachdem sich die Lage im Land beruhigt hat. Wir fragten den Justizminister (einen internationalen Anwalt) über die

Menschenrechtsverletzungen durch die syrische Regierung, nämlich den Artilleriebeschuss von Zonen, die von Jihadisten und bewaffneten Oppositionellen gehalten wurden. Der Minister nahm diese Fakten zur Kenntnis, gab aber zu bedenken, dass die Regierung die Pflicht habe, diese Zonen zu säubern. Wir wiesen darauf hin, dass es bessere Möglichkeiten gäbe, mit diesem Problem umzugehen, als Artilleriebeschuss, aber er beharrte darauf, dass die Regierung die Verantwortung habe, diese Gebiete von Rebellenkräften zu säubern und dass das die Methode sei, die sie dabei anwendet.

Die Minister und der Governor sagten, dass Präsident Assad ihr Präsident ist und ihre Unterstützung genieisst. Viele Menschen, mit denen wir sprachen, drückten derartige Gefühle aus. Wie auch immer, einige junge Menschen sagten, dass sie für die Opposition sind, jedoch die Regierung und Präsident Assad unterstützten, um die Einheit Syriens vor Zerstörung von aussen zu schützen, wobei sie bei der nächsten Wahl für die Opposition stimmen würden. Sie sagten, dass die Doha-Koalition in Qatar sie nicht repräsentiere und dass niemand ausserhalb Syriens ein Recht habe, Präsident Assad aus seinem Amt zu entfernen, ausser dem syrischen Volk in den Wahlen im nächsten Jahr. (...)

5. Treffen mit Religionsführern:

Wir nahmen in der Omayyaden-Moschee in Damaskus an einem Gebet teil, das von (...) Geistlichen aller Traditionen geleitet wurde. Die Versammlung betete für den Frieden und die Einheit Syriens und die Nichteinmischung durch Mächte von aussen in ihr Land. Sie betonten, dass der Konflikt in Syrien kein konfessioneller Konflikt ist, da Moslems und Christen immer in Syrien zusammen gelebt haben und – ungeachtet der Tatsache, dass sie mit Not und Gewalt leben, die zum grossen Teil nicht von ihnen verursacht worden sind – in ihrem Wunsch einig sind, für die Welt ein Licht des Friedens und der Versöhnung zu sein. Der Patriarch sagte, dass von der Moschee und den christlichen Kirchen eine grosse Bewegung des Friedens ausgeht und bat die Menschen innerhalb und ausserhalb Syriens, alle Gewalt zurückzuweisen und die Menschen in Syrien bei diesem Werk des Dialogs, der Versöhnung und des Friedensstiftens zu unterstützen. (...)

Eine Übersicht

Ausgehend von vielen autorisierten Berichten in den Massenmedien und unseren eigenen Wahrnehmungen kann ich betonen, dass der Staat Syrien und seine Bevölkerung in einem Stellvertreterkrieg stehen, der von fremden Ländern geführt und in erster Linie direkt finanziert und gestützt wird von Qatar, das seine Ansichten der Arabischen Liga aufs Auge gedrückt hat. (...) Banden von Jihadisten, die von fremden Ländern bewaffnet und finanziert werden, fallen in Syrien ein über die durchlässigen Grenzen zur Türkei, Jordanien und Libanon in dem Bemühen, Syrien zu destabilisieren. Es sind geschätzte 50 000 fremde jihadistische Kämpfer, welche Syrien terrorisieren. Diese Todesschwadronen zerstören systematisch die Infrastruktur des syrischen Staates wie Elektrizität, Öl, Gas, Wasserversorgung, Hochspannungsleitungen, Krankenhäuser, Schulen, öffentliche Gebäude, Kulturdenkmäler und sogar religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus wird das Land überschwemmt mit Scharfschützen, Bombenlegern, Agitatoren, Banditen. (...) Es ist gut dokumentiert, dass viele dieser Terroristen ständig unter aufputschenden Drogen wie Captagon stehen. Der allgemeine Mangel an Sicherheit entfesselt das furchtbare Phänomen der Entführung zur Erpressung von

Lösegeld oder um politischen Druck auszuüben. Tausende Unschuldige sind abgänglich, unter ihnen die zwei Bischöfe Youhanna Ibrahim und Paul Yazigi, viele Priester und Imane.

Wirtschaftssanktionen durch die UNO und Europäische Union sowie ein hartes Embargo treiben Syrien an den Rand des sozialen Zusammenbruchs. Leider ignoriert das internationale Mediennetzwerk diese Wirklichkeit und ist darauf aus, zu dämonisieren, zu lügen, das Land zu destabilisieren und mehr Gewalt und Widersprüche anzuheizen.

Zusammenfassung:

Der Krieg in Syrien ist nicht wie dargestellt ein Bürgerkrieg, sondern ein Stellvertreterkrieg mit ernstzunehmenden Verstössen gegen Internationales Recht und Internationale Menschenrechtsgesetze. Der Schutz der fremden Kämpfer durch einige der mächtigsten fremden Länder gibt diesen eine Art von Freibrief, der sie straflos alle Arten von grausamen Handlungen gegen unschuldige Zivilisten begehen lässt. (...)

Schlussfolgerung:

(...) Wir beobachteten, dass die syrischen Menschen sehr schwer gelitten haben und weiter leiden. Die gesamte Bevölkerung von 23 Millionen Menschen steht unter der ungeheuren Bedrohung der weiteren Durchdringung durch fremde Terroristen. Viele sind noch immer fassungslos ob des Schreckens und der Jähheit all dieser Gewalt und besorgt, dass ihr Land von fremden Mächten angegriffen und aufgeteilt wird, und bekommen nur zu gut mit, dass geopolitische Mächte dabei sind, Syrien zu destabilisieren, um politische Kontrolle, Erdöl und Ressourcen an sich zu reißen. Ein Drusenführer sagte: «Wenn der Westen unser Öl will, so lasst uns darüber verhandeln, aber zerstört nicht unser Land, um es zu nehmen.» (...)

Die grösste Hoffnung schöpften wir aus Mussalaha, einer unpolitischen Bewegung aus allen Teilen der syrischen Bevölkerung, die Arbeitsteams in ganz Syrien hat und sich entwickelt durch Dialog beim Aufbau von Frieden und Versöhnung. Mussalaha vermittelt zwischen bewaffneten Kämpfern und Sicherheitskräften, hilft, die Freilassung vieler Menschen zu erreichen, die entführt worden sind, und alle Konfliktparteien zusammenzubringen für einen Dialog und praktische Lösungen. Es war diese Bewegung, die uns beherbergte, unter der Führung von Mutter Agnes-Mariam, Oberin des Klosters Sankt Jakob, unterstützt von Patriarch Gregory III Laham, oberster Leiter der katholischen Hierarchie Syriens.

Diese grosse Bewegung der Zivilgesellschaft, die einen Prozess des Friedens und der nationalen Versöhnung von Grund auf aufbaut, wird, wenn sie Raum, Zeit und Nicht-Einmischung von aussen bekommt helfen, Frieden nach Syrien zu bringen. Sie verstehen, dass es eine vorbehaltlose umfassende politische Lösung geben muss, mit Kompromissen, und sie sind sich sicher, dass das auf vielen Ebenen der Gesellschaft geschieht und dass das der einzige Weg ist, auf dem der Frieden in Syrien vorwärts kommt.

(...) Ich selbst bekenne mich zu diesem friedlichen Prozess und hoffe, dass die Internationale Gemeinschaft, die Religions- und politischen Führer und jeder Mensch guten Willens Syrien helfen werden, Gewalt und Vorurteile zu überwinden und in einer neuen Ära des sozialen Friedens und der Prosperität Fuss zu fassen. Diese Wiege der Zivilisationen, deren Herz Syrien ist, bildet ein gewaltiges spirituelles Erbe der Menschlichkeit. Bemühen wir uns, eine kriegsfreie Zone einzurichten und diese zu einer Oase des Friedens für die Familie der Menschheit zu erklären. (Gekürzt aus antikrieg.com/Übers.: K.Madersbacher)



Vor 50 Jahren starb Giovanni Ventitre

Papst des Friedens

UW-Mitarbeiter Gerhard Feldbauer porträtiert Papst Johannes XXIII., der einst eine vorsichtige Reform der katholischen Soziallehre einleiten und sich von der «unerbittlichen Hütung des Privateigentums» verabschieden wollte.

Von Gerhard Feldbauer

Vor 50 Jahren, am 3. Juni 1963, verstarb nach nur fünf Jahren Amtszeit im Alter von 81 Jahren Papst Johannes XXIII. Mit Angelo Giuseppe Roncalli, so sein bürgerlicher Name, kam am 28. Oktober 1958 der Sohn eines armen Vier Hektar-Bauern auf den Stuhl Petri. Nachwuchs aus den Reihen der Ärmsten zu rekrutieren, ist so selten nicht in der Praxis der Kurie. Erwartet man von diesen Zöglingen doch eine besonders dankbare Wahrnehmung der Pflichten der Papstmonarchie. Bei Giuseppe Roncalli ging das allerdings sehr daneben. Er wich als Pontifex von der Faschismus und Reaktion stützenden Traditionslinie der Kurie ab. Schon zu Lebzeiten war einer seiner Beinamen «Papst des Friedens».

Retter unzähliger Juden

Charakteristisch war bereits seine Haltung zum Faschismus in Deutschland und Italien. Roncalli, in dieser Zeit Erzbischof und Nuntius in Istanbul, machte Pius XII. auf «die Gräueltaten in Auschwitz» aufmerksam. In Istanbul unterhielt er Kontakte zu dem Emissär der Jewish Agency, Haim Barlas, von dem er umfangreiche Informationen über die in diesem Konzentrationslager begangenen Verbrechen erhielt. Sie stammten von zwei Juden, die im April 1944 aus Auschwitz fliehen konnten, und später als «Protokolle von Auschwitz» bekannt wurden. Aus ihnen ging klar hervor, was in Auschwitz betrieben wurde – die massenhafte Vernichtung der Juden. Roncalli schickte unverzüglich eine Zusammenfassung des Berichts per Telegramm nach Rom. Es wird in einem Briefwechsel erwähnt, den der Nuntius mit Barlas führte, der in dessen privatem Nachlass in Israel gefunden wurde. Unter der Überschrift «Ein ignoriertes Telegramm» berichtete die spanische Geschichtszeitschrift «Historia y Vida» (Nr. 467/2007) darüber und hielt fest, dass die bis heute verbreitete Version des Vatikans, er habe «erst im Oktober 1944» über genauere Details über Auschwitz verfügt, eine Lüge ist. Mit der fadenscheinigen Begründung, die in den vatikanischen Archiven gela-

gerte Korrespondenz Roncallis sei (nach über einem halben Jahrhundert) noch nicht «deklassifiziert» worden, lehnte es der Vatikan ab, zu seinem damaligen Verschweigen der Information Stellung zu nehmen. Giovanni Ventitre aber wird dafür in Jerusalem auf der Gedenkmauer Yad Vashem gedacht. Es ist eine Ehrung, die Pius XII., obwohl es ein öffentlich bekanntes Anliegen des Ratzinger-Papstes war, verwehrt wird.

Öffnung der Kirche zur Welt

Johannes XXIII wollte, wie Norbert Sommer, Mitherausgeber der aufschlussreichen Studie «Rolle rückwärts mit Benedikt XVI.» schrieb, «die längst überfällige Öffnung der Kirche gegenüber der Welt» einleiten. Seine herausragende Leistung war die Einberufung des II. Vatikanischen Konzils. Gegen den Widerstand der konservativen Kreise des Klerus eröffnete er diese Versammlung der Erzbischöfe, Bischöfe und Ordensoberen aus aller Welt im Oktober 1962. Da das erste vatikanische Konzil 1870 das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit in allen Angelegenheiten des Glaubens und der Sitte dekretiert hatte, stand die Frage, welchem Ziel das einberufene Konzil dienen sollte. Der Vatikan spezialist Lawrence Elliott schrieb in seiner Biografie «Das Leben eines grossen Papstes» Johannes sei, als er in seinem Arbeitszimmer danach gefragt wurde, zum Fenster gegangen, habe es geöffnet und gesagt: «Wir erwarten vom Konzil, dass es frische Luft hereinlässt.»

Für Religions-Toleranz

Von herausragender Bedeutung waren besonders die Beschlüsse des Vatikanums zur Durchsetzung von Toleranz unter den Religionen, die in dem Dekret «Über die Religionsfreiheit» ihren Niederschlag fanden. Dazu gehörte die Absage an den Antijudaismus, in der die Kirche «alle Hassausbrüche, Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgendjemanden gegen die Juden gerichtet haben», beklagte.

Johannes XXIII. konnte das Konzil nicht zu Ende führen. Er starb während der Versammlung am 3. Juni

1963. Seine Nachfolger Paul VI. und nach ihm der polnische Papst Wojtyla sorgten dafür, dass die von ihm ins Auge gefassten sehr gemässigten Reformen, wo sie nicht rückgängig gemacht wurden, stagnierten. In der reaktionären Gegenoffensive Benedikt XVI. bildete die Aufhebung von Konzilsbeschlüssen den Schwerpunkt.

Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit

1959 – ein Jahr bevor in Afrika 17 Staaten die nationale Unabhängigkeit errangen und damit der völlige Zerfall des alten Kolonialsystems einsetzte, sprach Johannes XXIII. sich für die Anpassung der katholischen Kirche an den Entkolonisierungsprozess aus und sicherte dem autochthonen Klerus der dritten Welt volle Gleichberechtigung zu. In der 1961 erlassenen «mater et magistra» (Mutter und Lehrmeisterin) erörterte er Fragen von «Christentum und sozialen Fortschritt» und wollte eine vorsichtige Reform einiger überholter Leitsätze der katholischen Soziallehre einleiten, welche die «unerbittliche Hütung des Privateigentums» postuliert hatte. Er trat natürlich nicht für dessen Beseitigung ein, setzte aber einige neue Akzente. Er ging auf die Ärmsten in den Industrienationen ebenso wie auf die noch Ärmeren in den Entwicklungsländern und in den noch bestehenden Kolonien ein. Er erwähnte ihren Bedarf an Grundgütern, aber auch ihre Menschenwürde und forderte soziale Gerechtigkeit, die er als Teilnahme aller Menschen am Wohlstand definierte. Giovanni Ventitre setzte das Recht auf Privateigentum in Zusammenhang mit dem Recht auf Mitbestimmung am Arbeitsplatz und den Problemen der «Vergesellschaftung». Er gebrauchte den Begriff der «Sozialisierung» und nannte ihn «Ausdruck eines sozusagen unwiderstehlichen Strebens der menschlichen Natur; des Strebens, sich mit anderen zusammenzutun, wenn es darum geht, Güter zu erlangen, die von den einzelnen begehrt werden, jedoch die Möglichkeiten und Mittel des einzelnen überschreiten». Das waren zwar lediglich reformistische Gedanken, die aber die meisten sozialdemokratischen Parteien zu dieser Zeit aufgegeben hatten.

In «mater et magistra», wandte er sich auch Problemen zu, die später als Nord-Süd-Konflikt zusammengefasst wurden. Die mit Reichtum und Überfluss gesättigten Staaten mahnte er, jene Völker nicht zu vergessen, die «vor Elend und Hunger fast zugrunde gehen». Es war eine Kritik am imperialistischen System, wie sie kein Papst vor und bis heute nach ihm übte.

In Italien widmete er sich der Arbeiterfürsorge, suchte den Ausgleich mit den Sozialisten und scheute auch nicht vor Kontakten mit den Kommunisten zurück.

Papst der Verständigung

In seiner dritten Enzyklika, «pacem in terris» (Frieden auf Erden) trat er für ein Verbot der Atomwaffen und für das Ende des Wettrüstens ein, verurteilte die Rassendiskriminierung und setzte sich für den Schutz von Minderheiten und die Rechte politischer Flüchtlinge ein.

Als Chruschtschow ihm zu seinem 80. Geburtstag im November 1961 Grüsse «mit dem aufrichtigen Wunsch für gute Gesundheit und Erfolg bei dem edlen Bemühen zur Stärkung und Festigung des Friedens in der Welt» übermittelte, hörte er nicht auf die Ratschläge, sie unbeantwortet zu lassen. Er sandte dem sowjetischen Führer seinen aufrichtigen Dank, dem er hinzufügte, «ich werde für das Volk Russlands beten.» Während der Kubakrise sandte er am 25. Oktober einen Friedensappell in die Welt.

Gerhard Feldbauer schrieb das Buch: *Der Heilige Vater. Benedikt XVI. – Ein Papst und seine Tradition.* Papyrossa, Köln 2010.

Vor 50 Jahren: Spannungsstrategie der CIA in Italien

Die Roten Hände

Die Stimmen der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI) als führender Kraft der Linken stiegen 1963 auf 25,3 Prozent, 1968 auf 26,9, um 1976 auf 33,4 Prozent hochzuschnellen. Frühzeitig tüftelte die CIA dagegen die sogenannte Spannungsstrategie aus. Sie zielte darauf ab, die Kommunisten und Linke überhaupt als die Organisatoren der von den Terrorbanden der 1946 wieder gegründeten Mussolini-Partei Movimento Sociale Italiano (MSI) begangenen Attentate hinzustellen.

Von Gerhard Feldbauer

Diese Strategie erlebte ihre Geburtsstunde am 12. Dezember 1969 auf der Piazza Fontana in Mailand. An diesem Tag brachten die berüchtigte Neue Ordnung von Pino Rauti, einem Altfaschisten und Nummer Zwei der faschistischen Bewegung, und die Nationale Vorhut des wegen 800fachen Mordes an Partisanen verurteilten Kriegsverbrechers Valerio Borghese in der Landwirtschaftsbank eine Bombe zur Explosion, die 16 Menschen tötete und etwa 100 Verletzte. Der Anschlag sollte der Vorbereitung eines Putsches dienen, den Borghese zur Installierung eines faschistischen Regime auslösen wollte. Die Drahtzieher des Anschlages waren die CIA und ihre geheime NATO-Truppe Gladio. Die zu den Faschisten führenden Spuren wurden beseitigt und als Täter des Anschlags Linke, vor allem Anarchisten und die Ausserparlamentarische Opposition verfolgt. Der die Untersuchungen leitende CIA-Agent, der Chef des politischen Dezernats in Mailand, Luigi Calabresi, liess sofort über 300 Personen aus diesen Kreisen verhaften. Viele von ihnen, darunter der Balletttänzer Pietro Valpreda, sassen jahrelang unschuldig im Gefängnis, ehe die Faschisten als Täter entlarvt und verurteilt wurden.

Von Agenten durchsetzt

Im Rahmen der Spannungsstrategie wurde das linksradikale Spektrum, das gegen die faschistischen Verschwörungen teilweise den bewaffneten Kampf führte, unter der Regie der CIA systematisch von den italienischen Geheimdiensten unterwandert und zu Terroranschlägen angestachelt. Die CIA erliess dazu ein sogenanntes Field manual (Feldhandbuch) 30-31, das detaillierte Anweisungen zur Einschleusung von Undercover Agenten in linksradikale Organisationen enthielt. Zu gegebener Zeit sollten sie mit gezielten Operationen Unruhen bis zu politischen Morden auslösen. Die «linken» Gewalttaten sollten als Vorwand zur Auflösung von Staatsstreichen dienen, um ein Regime der «Starken Hand» an die Macht bringen. Wie die Pariser «Le Monde» 1972 berichtete, waren mindestens zehn Prozent aller Mitglieder linksradikaler Vereinigungen Agenten der Polizei und der Geheimdienste.

Der CIA gelang es, die Gründergeneration der Roten Brigaden mit Renato Curcio und Alberto Franceschini, die von eingeschleusten Agenten vorgeschlagene extremistische Terroranschläge ablehnten, auszuschalten. An ihrer Stelle übernahm im Hintergrund ihr Agent Corrado Simioni die Führung der Brigade Rosse und leitete das Mordkomplott gegen den Christdemokratischen Parteiführer Aldo Moro ein, in dessen Ergebnis die Regierungssache nach Rechts verschoben und ein Prozess eingeleitet wurde, der 1994 das Mitglied der an der Liquidierung Moros beteiligten faschistischen Putschloge P2, Silvio Berlusconi, an die Macht brachte.

Jahrelang war Leiter dieser Infiltration der Top-Agent der CIA Guido Giannettini, den der sozialdemokratische «Vorwärts» in Bonn wie folgt zitierte: «Ich bin Nazifaschist. Männer wie ich arbeiten, um in Italien zu einem Militärputsch oder zum Bürgerkrieg zu kommen». Seine Aufträge erhielt Giannettini direkt von den Ge-

heimdienstchefs. Als Journalist war er Starreporter des MSI-Blattes «Secolo d' Italia», schrieb für die grosse rechte Tageszeitung «Il Tempo» und war Mitarbeiter der «Rivista Militare», die der Generalstab des Heeres herausgab. Als ihr Experte nahm er an Tagungen der NATO teil, ebenso an Beratungen italienischer Militärs und Geheimdienstler über den Kampf gegen die «kommunistische Gefahr». 1964 gründete der Agent zur Organisation subversiver Operationen einen sogenannten Apparato mondiale segreto d' Azione Rivoluzionario, der neofaschistische Terroristen instruierte, pseudorevolutionäre Gruppen zu bilden und «links» getarnte Anschläge zu organisieren. 1969 nahm Giannettini mit Rauti an einem Lehrgang für psychologische Kriegführung an der die Schule der Panzertruppen der deutschen Bundeswehr in Euskirchen teil, wo sie auch den damals noch streng geheimen neuen Panzertyp «Leopard» besichtigten. Nachdem Giannettini an der italienischen Militärakademie in Modena das Hauptreferat über Fragen des «subversiven Kampfes» gegen die Kommunisten gehalten hatte (einen weiteren Vortrag hielt Rauti), beauftragte



ihn Generalstabschef Giuseppe Aloja zusammen mit Rauti, eine Schrift über die «kommunistische Untergrundarbeit» in den Streitkräften auszuarbeiten, die dem Offizierskorps vor Augen führen sollte, dass die Armee zur Sicherung der Ordnung eingreifen müsse. In der Broschüre, die unter dem Titel «Le Mani rosse sulle Forze Armate» (Rote Hände über den Streitkräften) im März 1968, zwei Monate vor den Parlamentswahlen im Mai erschien, schrieben die Autoren, die Streitkräfte seien «kommunistisch unterwandert» und die «rote Machtergreifung» stünde unmittelbar bevor. Das 1976 neu aufgelegte Machwerk (siehe Bild) wurde zur wichtigsten Propagandaschrift in den bereits faschistisch unterwanderten Heeresteilen und ihrer Publikationen. Der «Corriere del Aviatore» schrieb, es sei Aufgabe der Armee «in therapeutischer Funktion die Macht zu übernehmen, wenn es eine politische Krebsituation wie die augenblickliche gibt». Admiral Gino Birindelli, langjähriger Befehlshaber der NATO-Seestreitkräfte Europa Süd, bekannte sich zu den «faschistischen Idealen», begrüßte die Diktatur Pinochets in Chile und bekannte, wenn er als neuer «Duce» an die Macht komme, werde er sie «mit grosser Härte» gebrauchen.

Kuba in Bewegung

Unerschöpfliche Kreativität

Im April reisten 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Studienreise nach Kuba, die von der Schweizerischen Friedensbewegung und ihrer Zeitung «Unsere Welt» organisiert worden war. Mit dabei war auch die Basler Friedensaktivistin Anna-Lise Nicolodi-Nielsen. An der Jahrestagung der Friedensbewegung hat sie in bewegten Worten ausführlich über die Reise berichtet. Wir haben ihren Bericht für die UW zusammengefasst.

Von Anna-Lise Nicolodi

Nachdem mein Mann bereits in den 70er Jahren an einer Arbeitsbrigade nach Kuba teilgenommen hatte und voll Enthusiasmus zurückgekehrt war, konnte auch ich 1986 für eine Woche nach Havanna reisen: Flug und Hotelaufenthalt waren der Hauptpreis in einem Lotto. Wegen unserer damals noch sehr kleinen Tochter musste ich den Flug nach Havanna alleine antreten, mit einem Haufen Tips im Gepäck, was ich unbedingt sehen und erleben sollte und dem Auftrag, die örtlichen Esperantisten zu kontaktieren. Diesen Kontakt nahm ich nach einem Besuch in einer Zigarrenfabrik, wo während der Arbeit aus der kubanischen Tageszeitung «Granma» vorgelesen wurde, tatsächlich auch auf und erlebte Havanna mit meinem Esperanto-Bekannten aus der Perspektive der Einheimischen – ein unvergessliches Erlebnis.

In Jahr 2000 reiste dann unsere Tochter als Mitglied einer Arbeitsbrigade nach Kuba, um ihre Spanisch-Kenntnisse aufzufrischen. Durch sie machte ich das erste Mal so richtig Bekanntschaft mit der berühmten roten Kubanischen Erde – meine Wanderschuhe, die sie zum Arbeiten ausgeliehen hatte, waren für lange Zeit durch dieser rote Erde eingefärbt. Sie selbst kam voll Begeisterung von ihren Begegnungen mit den Kubanern zurück. Ihre Italienische Vater-Sprache hatte einen starken Spanischen Akzent angenommen...

Seitdem war ich sehr neugierig zu erfahren was sie wohl derart beeindruckte und faszinierte an den kubanischen Menschen. Den Millennium-Wechsel wollten mein Mann und ich mit Freunden in Havanna erleben – dazu kam es wegen seiner Krankheit nicht.

Als dann September 2012 in «Unsere Welt» das Inserat erschien «Kuba selbst erleben», Studienreise vom 8.–21. April 2013 durch West- und Mittelkuba, Schweizerische Reiseleitung durch UW-Redaktor Martin

Schwander, wurde ich neugierig und zeigte die Anzeige meine Tochter. Ihr Kommentar «Geh so lange du noch reisen kannst!»

Mit etwas Bangen, ob ich die lange Flugreise schaffen und auch die sonstigen Strapazen wohl aushalten würde, meldete ich mich an.

Am 9.März 2013 gab es ein erstes Treffen der Kubareisegruppe im Ementalischen Oberburg mit einer Einführung durch Martin Schwander, mit praktischen Tips und vielen Infos

mit der Möglichkeit, Filme der eigenen Wahl anzuschauen, vergeht der Flug sehr schnell. In Havanna angekommen ist es noch Tag: Der Zeitunterschied zur Schweiz beträgt 6 Stunden.

Am Flughafen empfangen uns Alberto, unser Deutsch sprechender Kubanischer Reiseleiter, und Alex, unser Chauffeur. Alberto hilft hilft uns beim Geldwechseln und dann geht's gleich weiter in die Provinz Artemisa, nach San Antonio de los Baños, wo im Hotel das Nachtessen auf uns wartet. In Kuba ist es jetzt um 22. Uhr – für uns längst nach Mitternacht.

Im Reiseprospekt der UW stand, dass wir durch die sich verändernden Landschaften Kubas reisen würden und wir uns aus erster Hand über Er-

ze zum direkten Transport quer das Land gebaut.

Den Nachmittag verbringen wir auf einer Landwirtschafts-Genossenschaft. Ihr Leiter zeigt uns den gesamten Betrieb mitsamt Kühen, Kälbern und Ochsen und auch eines der Bauernhäuser dürfen wir betreten. Neben dieser grossen Genossenschaft gibt es auch viele Kleinbauern in der Gegend. Sie erhalten das Land vom Staat zur freien Nutzniessung. Wenn sie es hingegen vernachlässigen, müssen sie es wieder zurückgeben.

Wir erfahren viel über die Arbeit mit der Erde, auch von den kubaweiten Problemen mit den Zitrusbäumen, die von einem hartnäckigen Virus bedroht sind, welcher ein Baumsterben verursacht oder vom «verdammten Marabu», wie unser Reiseführer Alberto immer wieder betonte: einem distelähnlichen Gewächs, das rasend schnell zu einem undurchdringlichen Gestrüpp in der Höhe kleiner Bäume

fernt. Das heisst, dass nicht alle früheren Bewohner nach der Restaurierung wieder zurückkehren können. Unser Reiseführer Alberto zeigt uns die modernen Provisorien, in welchen die betroffenen Familien während der Restauration untergebracht sind. Wer von ihnen nach dem Umbau nicht zurückkehren kann, dem wird in der Stadt selbst zwar ein anderes Zuhause zur Verfügung gestellt. Aber wer sein Leben in der Altstadt verbracht hat, geht nicht gerne woanders hin . So kann es sein, dass die Menschen bis 6 Jahre in den modernen und bestens eingerichteten Provisorien verbleiben und so den Platz für weitere Familien, die von Restaurierung betroffen sind, versperren. Das ist ein echtes Problem, sagt Alberto.

Die erste Woche vergeht im Nu. Erlebnisse, so viele, als wäre ich bereits 3 Monate in Kuba.

Geschichte und Gegenwart

In der zweiten Woche erfahren wir in Mittelkuba viel über die Geschichte der Revolution, in der Schweinebucht etwa oder an der Gedenkstätte für Che Guevara in Sata Clara.

Die Gegenwart und ihre Projekte fehlen aber auch in dieser zweiten Woche nicht. So besuchen wir etwa eine Zuckerfabrik und erleben den ganzen Produktionsprozess vom Zuckerrohr bis zum fertigen Haushaltszucker. Oder ein Zentrum für Diabetes kranke Kinder, wo Eltern und Kinder während der Schulferien gemeinsam den Umgang mit der Krankheit erlernen und erproben und auf spielerische Art Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen erfahren.

Von der Reise habe ich nur einige wenige Erlebnisse herausgepickt – es waren 14 Tage und jeder Tag bot etwas Besonderes zu Natur und Volk des Landes.

Natürlich gab es auch Negatives – wie zum Beispiel die Existenz von 2 Währungssystemen, einem für die Einheimischen und einem devisenähnlichen für die Touristen und der damit verbundene schwierige Kampf der Kubaner, selbst an diese Devisen zu gelangen. Negativ aufpassen sind mir auch Touristen selbst, die in Kuba vom sozialistischen System profitieren und gleichzeitig mit ihrem kapitalistischen «Wohlstand» protzen, in dem sie den Standard in Kuba mit dem Standard in der Heimat vergleichen – und sich als Gutmenschen aufspielen mit überhöhtem Trinkgeld oder mit dem Verteilen von Shampoo und Zahnpasta oder Schleckzeug für Kinder. Ich bin überzeugt, dass sie sich im eigenen Land nicht so verhalten und jene dort glatt übersehen, die für «ä chli Münz» die Hand hinhalten.

Die Kubaner sind nicht arm im Sinne von Elend – niemand in Kuba hungert oder schläft auf der Strasse. Alle haben kostenlosen Zugang zur Schulbildung, zur Gesundheitsvorsorge und zur Behandlung und wenn das Essen wegen des geringen Einkommens zu knapp ausfällt, gibt es Bezugsmarken wie in Europa während des 2. Weltkrieges.

Viele der Schwierigkeiten werden verursacht durch die Blockade der USA, die jeglichen Ländern verbieten mit Kuba zu handeln. Mich beeindruckte es, dass sich die Kubaner trotz aller Schwierigkeiten im täglichen Leben ihre Lebensfreude nicht nehmen lassen und einen unerschöpflichen Wille und Kreativität entwickelt haben. Ich verstehe jetzt was meine Tochter so sehr an diesen Menschen fasziniert hat – es ging mir nach den 14 Tagen ähnlich.

Das waren in Kürze ein paar wenige Eindrücke von der sozialistischen Karibik-Insel Kuba. Wer Kuba tiefer kennenlernen möchte als auf einer gewöhnlichen Touristenreise, dem möchte ich die Studienreise der Schweizerischen Friedensbewegung mit Martin Schwander als Reiseleitung empfehlen!



Mit Angestellten einer Zuckerfabrik: Mitglieder der SFB-Reisegruppe in Cienfuegos. Foto zvg.

zum kubanischen Alltag und zum politischen sozialistischen System.

Aus der Gruppe kannte ich nur Martin und seine Frau Vroni – alle anderen waren für mich unbekannte Menschen. Aus der Gegend von Basel waren wir vier, aus der Ostschweiz zwei und die restlichen 13 stammten aus dem Kanton Bern.

An der Filmhochschule

Am 8.April ist es so weit – wir treffen uns alle im Flughafen Kloten pünktlich zum Einchecken. Zürich- Paris mit Air France, dann umsteigen und mit direktem Flug zum Internationalen Flughafen «Jose Marti» von Havanna, 7½ Stunden am Stück. Aber

rungenschaften und Visionen der revolutionären Karibikinsel und ihrer Bevölkerung informieren könnten.

Unser erster Besuch gilt der Internationalen Hochschule für Film, Video und Fernsehen in San Antonio. Dort werden die begabtesten jungen Filmschaffenden aus Kuba und aus Lateinamerika aber auch aus andern Kontinenten unterrichtet. Einer der Gründer dieser Hochschule ist der Literatur-Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez.

Auf meine Frage an die Direktorin, die uns herumführte, ob es in der Schule denn Zensur gebe, wo doch die Studierenden ihre selbst produzierten Videos und Filme mitnehmen dürfen, meinte sie ganz dezidiert «Nein. Kuba hat nicht nur schöne Seiten, die Menschen sollen sich selber eine eigene Meinung bilden können, dafür braucht es sowohl negative wie positive Bilder. Man kann in jedem Land nur auf das eine oder das andere hinweisen und so die Menschen manipulieren, wenn man diese Absicht hat! Kuba braucht das nicht.»

In der Familie zu Gast

Der Nachmittag steht zur freien Verfügung, im Pool oder hinter dem Hotel in der romantischen Natur. Abends dann eine geniessen wir eine gründliche Einführung in die Kubanische Wirtschaft und ihre verschiedenen zum Teil sehr schwierigen Phasen, wobei speziell auch auf die Wirtschafts- und Handelsblockade der USA und den Wegfall des sozialistischen Europas als wichtigstem Handelspartner hingewiesen wird. Die Einführung in dies sehr komplexe Geschichte Kubas gibt uns Steffen Niese, der örtliche Vertreter des deutschen Hilfswerks Cuba-Si.

Am zweiten Tag fahren wir nach Artemisa und erfahren in der Provinzverwaltung etwas über das Hafen-Grossprojekt vom nahegelegenen Mariel. Dort entsteht nicht nur ein riesiger Container-Hafen, der Havanna ersetzen soll, sondern es werden auch neue Strassen- und Schienennet-

anwachsen kann und das Land wegfrisst.

Ein anderes sehr eindrückliches Erlebnis ist das Viñales Tal, das zum Unesco-Welterbe zählt. Eine fruchtbare, einmalig schöne Landschaft. Da dort keine elektrischen Freileitungen erlaubt sind, wird der Strom bei den Häusern durch unscheinbare Solaranlagen produziert. Bei einem Ausflug ins Tal habe ich Gelegenheit, den Betrieb eines Tabakbauers mitsamt Selbstversorger-Garten zu besichtigen.

In Viñales wohnen wir individuell bei kubanischen Familien – für mich etwas sehr Schönes. Meine Gastgeber im «Casa Barbara» sind Barbara und Joel, ein Ehepaar um die 50, beide sehr interessiert und gastfreundlich und von grosser Herzlichkeit. Mit Italienisch und Spanisch schlagen wir uns so gut durch, wie es eben geht. Mein Zimmer hat einen eigenen Eingang direkt in den Garten, wo ich die Mahlzeiten gemeinsam mit der Familie einnehme. Ich werde verwöhnt: Mit Kuchen zum Frühstück und Langusten am Abend...

An einem andern Abend organisieren die Gastfamilien für die ganze Reisegruppe ein Essen im Grünen: In einer Natur-Beiz nahe einer Felshöhle. Hingebracht werden wir mit drei uralten Autos aus den Fünfziger Jahren! In der Beiz erwartet uns ein Gitarren-Trio – und ein platt ausgestrecktes Spanferkel über glühenden Kohlen.

Pulsierendes Havanna

Unsere Reise geht weiter Richtung Havanna, wo wir schliesslich für eine paar Tage in der Altstadt wohnen. Vom Hotel aus ist alles gut zu Fuss erreichbar. Interessant zu sehen wie die Häuser eins ums andere renoviert wurden und werden mit dem Geld aus dem Tourismus. Bei der Totalsanierung werden die Wohnbauten in ihre ursprüngliche Form zurückversetzt und dabei geht Wohnraum verloren: Nachträglich eingebaute Querbalken und Böden werden ent-

Kuba selbst erleben

Reisen Sie mit «Unsere Welt» und der Schweizerischen Friedensbewegung durch die sich verändernden Landschaften Kubas. Informieren Sie sich aus erster Hand über Errungenschaften und Visionen der revolutionären Karibikinsel und ihrer Bevölkerung.

2. Studienreise vom 29. September – 13. Oktober 2013

San Antonio de los Baños – Artemisa – Pinar del Rio – Viñales – Caimito – Havanna – Cienfuegos – Trinidad – Santa Clara – Varadero – Havanna Mit reichhaltigem Besichtigungs- und Begegnungsprogramm, u.a. Provinzverwaltung der Poder Popular, Landwirtschaftskooperative, Internationale Filmhochschule, Poliklinik, Familienarzt, Schulbesuch, Tabakfabrik, Zuckerzentrale, Kultur-, Sozial- und Friedensprojekte, Gespräche mit dem Institut für Völkerfreundschaft ICAP, der Kubanischen Bewegung für Frieden und Souveränität der Völker MOVPAZ, dem Kubanischen Gewerkschaftsbund CTC, einem Komitee zur Verteidigung der Revolution CDR, Baden auf Cayo Levisa und in Varadero.

Übernachtungen in Mittelklassehotels und zwei Nächte bei kubanischen Familien. Flug Zürich – Havanna – Zürich. Inlandroute mit klimatisiertem Bus. Schweizerische Reiseleitung durch UW-Redaktor Martin Schwander. Kubanische Reiseleitung durch AMISTUR.

Kosten Fr. 2900.-/DZ, alle Leistungen inklusive

Detailliertes Programm erhältlich über Tel. 034 422 16 32 oder info@comtex.li. Die Anzahl Teilnehmender ist auf 20 beschränkt. Definitive Anmeldungen werden nach Eingang berücksichtigt.

Wichtiges Buch zum Konflikt in Syrien

Über die Islamisierung einer Gesellschaft

«Wenn es um den Nahen Osten, die Auseinandersetzung Israel-Palästina, den Libyen-Krieg und viel mehr noch wenn es um Syrien geht, hören wir immer wieder: Wir blicken nicht durch, wir kennen uns nicht aus, wir wissen nicht, was wir tun sollen. Das wäre aber nötig, denn im Syrien-Konflikt kreuzen sich alle strategischen Konfliktlinien des Nahen und Mittleren Ostens.» So äussern sich im Vorwort des Buches «Syrien – Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert» die Herausgeber Wolfgang Gehrcke (Partei-vorstand Die Linke) und Christiane Reymann (Politologin und Soziologin). Antoinette Mächtlinger hat das Buch für uns gelesen.

Von Antoinette Mächtlinger

«Fakten und Hintergründe» ist der erste Teil dieser Textsammlung über-titelt, in dem neun Autorinnen und Autoren sachkundig über die histo-risch-politischen Entwicklungen in der Region berichten.

«Stimmen aus der demokratischen Opposition» heisst der zweite Teil, der fünf engagierten Menschen aus der Region Raum gibt, Lösungsmöglich-keiten zu skizzieren.

«Who is Who in der syrischen Po-litik», so der Titel eines äusserst nütz-lichen kleinen Nachschlagewerks im Anhang, in dem alle relevanten Grup-pierungen und Parteien vorgestellt werden.

«Dokumente»: Dieser Teil enthält die wörtlich übersetzten Dokumente von Kofi Annans Sechs-Punkte-Plan (12.4.2012), vom Genfer Kommuniqué (30.6.2012) und der Genfer Er-klärung der gewaltfreien Opposition (29.1.2013).

Autorinnen und Autoren werden am Schluss vorgestellt, Quellennachwei-se finden sich jeweils auf der entspre-chenden Seite.

Fakten und Hintergründe

Es bietet sich an, die einzelnen Beiträ-ge in der vorgegebenen Reihenfolge zu betrachten, wobei jedoch Wieder-holungen unvermeidlich sind.

Aufstieg, Niedergang und Sturz des säkularen Arabischen Nationalismus (Harri Grünberg)

Dieser erste Beitrag gewährt einen Überblick über die Entwicklung der arabischen Welt vom Aufstieg im frü-hen Mittelalter über den Ansturm der Mongolen, den «beispiellosen intel-lektuellen Aufschwung» zu Beginn des 19.Jahrhunderts, den panarabi-schen Nationalismus und Sozialismus bis hin zum heute vorherrschenden Neoliberalismus.

Die Geschichte Syriens interessiert besonders ab dem Abzug der Franzo-sen und der Gründung der Republik 1946, wo die Muslimbrüder «rasant an Einfluss verlieren». (Die Muslim-brüder hatten sich in den zwanziger Jahren in Ägypten «als Rammbock gegen die sich entwickelnde Arbei-terbewegung» gegründet.) 1947 wird die laizistische Baath-Partei gegrün-det, die «wesentlich zur Übernahme moderner Lebensformen» beiträgt. Durch einen Putsch gelangt sie 1963 an die Macht und «richtet Schritt für Schritt jenes System, das erst von 2011 an offensichtlich zusammen-bricht», eine eigenartige Mischung aus sozialistischen Elementen bei gleichzeitiger Kommunistenverfol-gung, aus nachholender industrieller Entwicklung, Agrarreform und gesellschaftlicher Modernisierung

Erklärung der «Rezensentin»:
Angesichts der Überfülle an wichtigen Informationen habe ich beschlossen, einfach einen möglichst grossen Teil davon weiterzuvermitteln. Dieser Text ist gedacht für Interessierte, die wenig Zeit haben, sich aber nicht mit der einseitigen Be-richterstattung unserer Medien zufriedengeben mögen.

(Frauenemanzipation). Da die füh-rende Rolle der Partei in der Verfas-sung verankert ist, nennt der Autor Syrien eine «Entwicklungsdiktatur», attestiert dem säkularen Regime an-dererseits, angesichts des grossen Anteils an konservativer Landbevöl-kerung, eine beachtenswerte soziale Balance erreicht zu haben.

2005 beginnt mit Baschar al-Assad die neoliberale Öffnung der Märkte. «In dem Geflecht von massloser Be-reicherung einer schmalen Schicht, sich ausbreitender Armut, Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge für seine Bürger hat der politische Islam Einfluss gewinnen können,» schreibt der Autor. Und über die sy-rischen Muslimbrüder, die dominante Kraft im Widerstand: «Sie haben kein Problem mit dem Neoliberalismus, sie kritisieren das Assad-Regime da-für, die neoliberalen Reformen nur halbherzig durchgeführt zu haben.»

Der Aufstand hat eine Vorgeschichte, sozialökonomisch und politisch (Karin Leukefeld)

Wenn Karin Leukefeld schreibt oder erzählt (wie am vergangenen 30.April in Basel), spürt man, dass sie in Da-maskus lebt und in der ganzen Region stark vernetzt ist. In ihre Texte fliessen immer direkte Erlebnisse, Gespräche und Beobachtungen ein.

Unter dem Titel «Keine Freiheit für Andersdenkende» beschreibt sie den Ursprung des Konflikts mit den Muslimbrüdern. Diese bekämpften in einem bewaffneten Aufstand 1979-1982 die säkulare Regierung von Ha-fez al-Assad, worauf er das Zentrum des Aufstandes, Hama, in Schutt und Asche legen liess. Tausende wurden gefangengenommen, verschleppt, ge-tötet; Unzählige flohen ins Ausland; Mitgliedschaft wurde unter Todes-strafe gestellt. Ebenso wurden fast alle anderen Parteien verboten, und selbst kritische Mitglieder von Assads Baath-Partei wurden eingesperrt oder ins Exil gezwungen. Dazu Leukefeld: «Exilanten unterschiedlicher Couleur gehörten denn auch zu den ersten, die die Protestbewegung aus der Ferne unterstützten.» Der junge «Sympa-thieträger» Baschar al-Assad trat nach 30jähriger Herrschaft seines Vaters ein schweres Erbe an. Der Kampf ge-gen Korruption, für Modernisierung und politische Veränderungen wurde oft nur halbherzig geführt und erlitt viele Rückschläge.

Ausschlaggebend sind die wirt-schaftlichen und sozialen Probleme. Als Agrarland mit geringen Boden-schätzen ist Syrien vom Wasser ab-hängig. Als Israel 1967 den wasser-reichen Golan besetzte, verlor Syrien eine Kornkammer mit 244 Dörfern. Wichtigste Wasserquelle ist der Eu-phrat, der in der Türkei entspringt. Diese kann die Wasserzufuhr jeder-zeit regulieren. Die Wasserknappheit wird durch eine seit 2000 anhaltende Dürre verstärkt. Zehntausende Bau-ern gaben ihr Höfe auf und zogen in wild wuchernde Satellitenvororte der Städte, wo die Infrastruktur zusam-menbrach. Im Umkreis von Damas-kus sind die Hälfte dieser Siedler jun-ge Leute unter 21 Jahren.

Mit der Abschaffung der Planwirt-schaft und der Öffnung der Märkte, die Baschar al-Assad 2005 einleitete, vertiefte sich die Kluft zwischen Arm und Reich. 2007 lebten 33 Prozent

in Armut, 12,7 Prozent unter der Ar-mutsgrenze; ausländische Produkte verdrängten Familien- und Kleinbe-triebe; die Arbeitslosigkeit stieg stän-dig. Islamische Stiftungen boten Hilfe an, Koranschulen schossen wie Pilze aus dem Boden. «Als im Frühjahr 2011 in Syrien die Proteste begannen, gehörten die jugendlichen Habenicht-se aus den Vororten (...) zu den ersten, die auf der Strasse waren.»

Die Kurdenfrage behandelt die Autorin in einem besonderen Kapi-tel. Die Geschichte der Kurden in Syrien ist reich an Spannungen, Auf-ständen, Repression einerseits, aber auch gewisser Duldung (z.B.Öcalans in Damaskus bis 1998) andererseits. Die Kurden haben seit Anfang 2012 entlang der türkischen Grenze eige-ne «Volksverteidigungskräfte» orga-nisiert und kontrollieren bestimmte Gebiete, wodurch sie schon heute «zu den Siegern des Aufstandes» gehören. «Wer immer die Zukunft Syriens be-stimmen wird, muss die Kurden ein-beziehen.»

Syrien sei ein «wunderbares Mo-saik» von Religionen und Ethnien, zitiert die Autorin einen Soziologen. Aber das «wunderbare Mosaik» gerät zunehmend in Gefahr, UNO-Vermitt-ler Brahimi warnt vor einem Konfes-sionskrieg, der die ganze Region in die «Hölle» treiben werde.

Der islamische Fundamentalismus: Muslimbrüder und der politische Islam (Mamdouh Habashi)

Der Autor beschreibt die Entste-hung des Politischen Islam in einer auf Grundeigentum fussenden Agrargesellschaft, die sich nicht zu ei-ner Produktions-, sondern zu einer Handelsgesellschaft wandelte und gesellschaftlich im «Mittelalter» ver-harrte. 1929 wurde in Ägypten die Muslimbrüderschaft als Organisation gegründet: «In ihrer Feindschaft ge-genüber jeglichem modernen Denken bewegten sie sich im Einklang (...) mit der Monarchie und der britischen Ko-lonialmacht.» Bis heute werde diese Koalition aufrechterhalten; die Mus-limbrüder stellten eine starke Finanz-kraft dar, die durch die Petrodollars der Golfstaaten alimentiert werde.

Der Wahhabismus gewinnt mit der Gründung des Saudischen König-reichs 1932 an Terrain. Die Bewe-gung «benutzt die enorme negative Energie der Marginalisierten in den arabischen Staaten als Instrument gegen den Fortschritt». Sie wendet sich gegen den in Nachbarstaaten wie Ägypten und Syrien aufkommenden Nationalismus und Sozialismus und wird von Saudi-Arabien und den USA mit Milliarden Dollar unterstützt. Aus ihr gehen Al Kaida und die Taliban hervor.

Das Urteil des Autors ist radikal: Das Individuum akzeptiere aus-schliesslich das, was der «Text» vorschreibe, und das bestimme der Scheich; das zu erreichen, sei die tatsächliche politische Aufgabe der Fundamentalisten. Und: «So gesehen, kann man alle ihre schönen Sprüche vergessen.»

Erobert der Dschihad Syrien? Oder: Das Fiasko der Antiterrorstrategie (Arne C. Seifert)

Seifert durchleuchtet die Politik des Westens in Nahost und Afrika. Aus der turbulenten Geschichte sei hier nur ein Beispiel herausgegriffen. Un-ter dem Titel «Erstes Spiel der USA mit dem Islamismus» erinnert der Au-tor an den «Safari-Klub» einen von den USA zu Beginn der 1970er Jahre gegründeten internationalen Think Tank zur Erhaltung des westlichen Einflussbereichs. Ein Ziel war «die Ausweitung des Einflusses islamisti-scher Organisationen (...) als Gegen-

kraft zum kommunistischen Modell». Das saudische Könighaus erhielt eine Führungsrolle, es unterstützte 1973-93 islamische Organisationen in sieb-zig Entwicklungsländern mit 80 Mrd. US-Dollar.

Heute kann sich der politische Islam zunehmend «auf bedeutende Schich-ten der muslimischen Massen stüt-zen». Eine der gefährlichsten Grup-pen in Syrien ist Al Nusra. Sie soll hunderte von Al Kaida-Dschihadisten aus Ländern wie Tschetschenien, Irak und Libyen in den Bürgerkrieg eingeschleust haben. Den Grund für dessen Zuspitzung sieht der Autor im «Übergewicht des Militärischen». Und er ermahnt den Westen, insbe-sondere Europa, sich nicht auf jene zu verlassen, «welche sich im letzten Jahrzehnt als Anhänger von Kriegen exponierten». Zum Schluss stellt er Fragen, welche die Regierungen sich stellen müssten. Antworten sind nicht zu haben.

Wer siegt in Syrien, der Krieg oder das Völkerrecht? (Norman Paech)

Rechtliche und völkerrechtliche As-pekte dürfen in der Analyse nicht fehlen. Norman Paech untersucht die Rechtslage bei Einmischung in na-tionale Konflikte. Nach einem kurzen Rückblick auf die Aussage von Ge-neral Wesley Clark (2007), wonach Syrien zu den sieben Staaten gehört, für die das Pentagon den «Regime-Change» beschlossen hat, bemerkt er, dass der Volksaufstand gegen das dik-tatorische Assad-Regime schneller als alle vergleichbaren die Einmischung fremder Staaten erfahren habe, was die Eskalation und Internationalisie-rung des Konflikts förderte. Der UN-Sicherheitsrat ist blockiert, der Ruf nach einer Intervention unüberhörbar

Die Frage, ob Gewalt gegen die ei-gene Bevölkerung erlaubt ist, ist durch die UNO-Charta nicht geregelt, wenn es sich nicht um einen «international-bewaffneten Konflikt» handelt. Hingegen müssen Bombardierung von Wohnvierteln und Exekutierung von Gefangenen eine Ahndung vor dem internationalen Strafgerichtshof nach sich ziehen. Allerdings gilt diese Bestimmung genau wie für die Assad-Truppen auch für die Aufständischen, was von den «Freunden Syriens» nicht akzeptiert wird.

Die syrische Nationale Koalition hat nicht den Status einer «Befreiungsbe-wegung», obwohl sie sich gegen ein durch schwere Menschenrechtsverlet-zungen diskreditiertes Regime rich-tet. Sie darf trotzdem finanziell unter-stützt werden, nicht aber mit Waffen. (Russische Waffenlieferungen an das syrische Regime scheinen hingegen durch einen Vertrag von 1979 rechtl-ich abgesichert.) Das grosse Problem ist die Folgenlosigkeit von Kriegsver-brechen wie im Irak- oder im Gaza-Krieg, wo die USA wie Israel sich darauf verlassen konnten, dass keine Sanktionen ausgelöst würden.

Die Türkei. Ein neuer globaler Akteur (Erhard Crome)

Überspringen wir den geschichtlichen Teil und beschränken uns auf die heu-tige (oder besser: gestrige) Türkei, ein aufstrebendes Land, Mitglied der NATO und der G 20, mit Wirtschafts-beziehungen zu allen wichtigen Staa-ten, vorab zu Russland und der EU. Ein Land, dessen AKP-Regierung eine sogenannt «gemässigte Variante des Islam» anzubieten hat. Mit Syrien verbindet es die längste gemeinsame Grenze und reger Austausch auf po-litischer und wirtschaftlicher Ebene.

Bis zum Syrien-Krieg. Warum die-se abrupte Wende? Die Begründun-gen des Autors reichen nicht weit. Er nennt die Angst vor einem Erstarken des Iran, eine persönliche Beleidig-



Wolfgang Gehrcke / Christiane Reymann (Hg.), Syrien – Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islami-siert, PapyRossa-Verlag, Köln 2013, Neue Kleine Bibliothek 191, 187 Seiten

ung Erdogans, und natürlich das Kurdenproblem. Er sagt zwar, dass die Stationierung von NATO-Raketen «eine Ausweitung und Internationa-lisierung des Krieges» bewirkt habe, untersucht aber nicht die Rolle der NATO bei der Kehrtwende der Türkei.

Israel – Syrien: Widerstreitendes Inte-ressengefüge (Karin Kulow)

Als seine grössten Sorgen bezeichnet Israel folgende: dass «sensitive Waf-fen» in die Hände der Hisbollah ge-langen könnten, die sich 1982 in der Folge des israelischen Angriffs auf Libanon gegründet haben, und dass von den eingesickerten Untergrund-kämpfern eine Destabilisierung der israelisch-syrischen Grenze ausgehe, wo seit dem Abkommen von 1974 relative Ruhe herrscht (wobei Israel mit seinen Luftschlägen gegen Syrien selbst zur Destabilisierung beiträgt). Weitere israelische

«Meinungsträger» propagieren of-fen den Sturz des Assad-Regimes, wovon sie sich eine Schwächung ihres Hauptfeindes Iran versprechen.

Die Golan-Höhen, die Israel laut UNO-Resolution an Syrien zurücker-statten müsste, sind nur rund 50km von Damaskus entfernt. Neben ih-rer strategischen Bedeutung sind sie für Israel ein Wasserschloss und ein «Dorado» für zehntausende Siedler, von hoher landwirtschaftlicher und touristischer Attraktivität. Ein weite-res Problem, dessen Einbeziehung in Verhandlungen Israel ablehnt, ist das der palästinensischen Flüchtlinge (in Syrien und Libanon nahezu eine Mil-lion).

Auf die ausführliche Darstellung der «Friedens»-Bemühungen seitens der USA kann hier nicht eingegangen werden.

Entschlossen in der zweiten Reihe Zur Syrien-Politik der deutschen Bun-desregierung (Johanna Bussemer)

Die folgende Analyse dürfte auch Schweizerinnen und Schweizer in-teressieren, verhält sich doch unsere Regierung im Prinzip ähnlich wie die Bundesregierung. Diese hat sich, im Gegensatz zu andern EU-Partnern, schon im Frühjahr 2011 für rasche Sanktionen gegen Syrien eingesetzt. Sie umfassen inzwischen fast alle Handelsbereiche. Unter den Folgen leiden – wie immer – grosse und vor allem die armen Teile der Bevölke-rung. Die einzig sinnvolle Sanktion, das EU-Waffenembargo, folgte erst später, im Juni 2012. Die syrischen Exporte nach Deutschland, die jetzt wegfallen, betrugen im Jahr 2010 noch 1,15 Mrd. Euro; dem gegenüber stehen deutsche Hilfeleistungen von 22 Mio Euro.

Die deutsche Botschaft in Damas-kus wurde im Februar 2012 geschlos-sen. Deutschland beteiligte sich auch nicht an der Genfer Konferenz vom 30.Juni 2012, deren Erklärung hier als «die vielleicht aussichtsreichste

Grundlage für einen friedlichen Ausgang des syrischen Bürgerkrieges» bezeichnet wird, auf der auch Brahimi aufbaute, als er Ende 2012 den Einbezug Russlands in die Verhandlungen erwirkte. Von der Politik der Bundesregierung erwartet die Autorin keine Weiterentwicklung.

Linke und der Syrien-Konflikt

Eigenes jenseits der Konfliktparteien (Wolfgang Gehrke / Christiane Reymann)

Die Herausgeber Gehrke und Reymann bringen einen neuen Aspekt der US-Politik ein. In Bezug auf Obamas Nobelpreis-Rede schreiben sie:

«Dabei hat sich nicht das Ziel der US-Administration verändert, verändert haben sich die Mittel und Methoden. Die neue Ordnung im Nahen und Mittleren Osten soll nicht mehr im Kampf gegen den Islam durchgesetzt werden, sondern in Partnerschaft mit seinen Eliten, namentlich den Muslimbrüdern. Sie sollen ihre Verankerung in der Bevölkerung nutzen, um neoliberale Politik durchzusetzen und für einen vollständigen Ausverkauf ehemals staatlichen Eigentums einschliesslich der Naturressourcen und die Öffnung der Märkte ohne Schutz für die heimische Wirtschaft Akzeptanz zu schaffen. Dazu bedarf es einer Reform der politischen Herrschaftsverhältnisse mit verlässlicher Westbindung und, ganz wichtig, einem partnerschaftlichen Verhältnis zu Israel. Nicht mehr mit Krieg, Invasion und Besatzung wollen die USA, will der Westen einen Regime-Change herbeiführen, wie sie es noch im Irak getan haben; das sollen jetzt Kräfte von innen besorgen, notfalls können ihnen imperiale Mächte den Weg frei bomben wie in Libyen.»

Die Autoren stellen Überlegungen an zur Situation der Friedensbewegung: «Friedensaktive finden sich in der bedrückenden Lage, dass sich Konflikte zuspitzen, Menschen grosses Leid erfahren, aber eine friedliche Lösung nicht in Sicht ist. Auf diesem Hintergrund finden Scheinlösungen Widerhall, die letztlich auf «humanitäre Interventionen» hinauslaufen.» Dagegen plädieren Gehrcke/Reymann, wie auch die gewaltfreie syrische Opposition, für den Weg «Waffenruhe – Waffenstillstand – Dialog und Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition (...) unter Vermittlung der Vereinten Nationen». Nach dem Motto: «Frieden schliesst man nicht mit seinen Freunden, sondern mit seinen Feinden».

Stimmen aus der demokratischen Opposition

Syrische Kommunisten zwischen Widerstand, Teilhabe an der Macht und Spaltungen (Issam Haddad)

Der in Berlin lebende Autor fasst die wechselvolle Geschichte der syrischen KP zusammen, von der Gründung 1924 über Repression, Verhaftungswellen, Spaltung, Regierungsbeteiligung (ab 1970, unter Hafez al-Assad) bei gleichzeitigem Ausnahmezustand (ab 1963). Er beschreibt auch die immens wachsenden sozialen Probleme seit den Reformen Baschar al-Assads, welche «die Gesamtwirtschaft unter die Dominanz der Märkte, ihrer Mechanismen und Kräfte» zwingen.

Beide kommunistischen Parteien fordern eine gewaltfreie Lösung mittels Verhandlungen aller Konfliktparteien, die Freilassung aller politischen Gefangenen, wahre Reformen des politischen Lebens und den Erlass eines neuen Parteiengesetzes.

Das denkt der Präsident vom Volk – Mythen, Fehler und Selbsttäuschungen des Assad-Regimes (Michel Kilo) In diesem Beitrag werden die Fehler, Unterlassungen und Verbrechen des Assad-Regimes aufgelistet. Der in Paris lebende Autor, Gründer des «Syrischen Demokratischen Forums»,

sagt: «Die Unfähigkeit des syrischen Regimes, die Realität so zu erfassen wie sie ist, begann mit der Krise Anfang der 1980er Jahre. Verursacht durch die wirtschaftliche Liberalisierungspolitik von Präsident Baschar al-Assad verschärfte sie sich fortdauernd und zerstörte die Lebensgrundlagen der ländlichen Bevölkerung, die besonders hart von allen Massnahmen des Regimes getroffen wurde.» Der grösste Fehler aber sei gewesen, dass das Regime auf die Revolution mit Waffengewalt geantwortet habe: «Mit diesem Fehler hat es sich selbst all seine Legitimationsgrundlagen entzogen, seinetwegen ist heute die Integrität von Syrien als Staat und Gesellschaft in Gefahr.»

Der Autor richtet seine Hoffnung auf die Herausbildung «eines Volkes, das eins ist mit der Freiheit, die das Volk befähigt, sich der mörderischen Maschinerie des Regimes nun schon zwei Jahre lang zu widersetzen, sich von diesem Regime völlig frei zu machen und loszusagen, sogar das Regime als innere Besatzung zu erkennen, dessen Bekämpfung eine parteiübergreifende Aufgabe ist und Vorrang hat vor allen anderen Differenzen.»

Es kann gelingen – demokratischer Wandel in Syrien (Interview mit Haytham Manna von Karin Leukefeld)

Haytham Manna ist Auslandssprecher des oppositionellen «Nationalen Koordinationsbüros für demokratischen Wandel in Syrien» (NCB), das 2011 von über 200 Mitgliedern unterschiedlicher Gruppierungen und Parteien in Syrien gegründet wurde. Der gemeinsame Nenner ist die Ablehnung von Gewalt.

Nicht so die Exilopposition. Sie wird beherrscht von der zweiten (facebook-vernetzten) Generation syrier Muslimbrüder, die ab 1980 aus Syrien vertrieben wurden durch ein Gesetz, das die Mitgliedschaft in der Muslimbruderschaft bei Todesstrafe verbietet. Ihr Ziel ist die Rückkehr nach Syrien und die Übernahme der Regierung, nach libyschem Modell. Die Exilsyrer spielen die Hauptrolle im «Syrischen Nationalrat» (SNC), der von Anfang an von US-amerikanischen Institutionen und von der türkischen Regierung unterstützt wird. Wie auch dessen militärischer Arm, die «Freie Syrische Armee» (FSA). Unterstützt werden sie ebenso von Katar und Saudi-Arabien: «Es gab keine Söldner in Syrien, bis diese zwei Staaten anfangen, Leute zu bezahlen und zu bewaffnen und sich so unter die Protestbewegung zu mischen.» Parteien, Bewegungen und Einzelpersonen, die eine militärische Intervention befürworten, sind zusammengefasst in der «Nationalen Koalition», die von 130 Staaten («Freunde des Syrischen Volkes») als legitime Vertretung anerkannt wird.

Von der Nationalen Koalition sagt Manna: «Sie wird nicht müde zu erklären, sie brauche Geld und Waffen, Waffen und Geld, als habe sie kein politisches Programm.» Sie unterstütze den bewaffneten Kampf in Syrien «als einziges Prinzip der Entwicklung, der Revolution, der Opposition. Und der Westen gibt ihnen Geld und Waffen.»

Und wie steht es mit dem NCB, der innersyrischen Koalition für gewaltfreien Wandel, der Manna angehört? «Dort arbeiten Leute, die schon 15 Jahre im Gefängnis verbracht haben und die wissen, was es heisst, Ausdauer im politischen Kampf zu haben. Sie sind die stabilsten Kräfte des Widerstandes.» Es gibt noch pazifistische Demonstrationen, und es gibt eine Art Ältestenrat (Ikhbariya) von respektierten Persönlichkeiten, die in den Dörfern mit den bewaffneten Ausländern das Gespräch suchen. Sie sollen abziehen, denn durch ihre Präsenz ziehen sie die Bomben der Regierungsarmee auf die Siedlungen.

Von Erfolgen kann Manna leider nicht berichten.

Das Ziel des NCB ist ein vereintes säkulares Syrien, in dem Ethnie und Religion des Einzelnen keine Rolle spielen: «Alle für ein demokratisches Syrien, ein demokratisches Syrien für alle.» Grosse Hoffnung setzt Manna in die Diplomatie. Er setzt auf die Vermittlung von Brahimi und die Unterstützung durch weitere Persönlichkeiten und Staaten in der UNO. «Wir arbeiten dafür jeden Tag.»

Der syrische Aufstand: Realität und Perspektiven (Louay Hussein)

Der Schriftsteller ist Vorsteher der gewaltfreien innersyrischen «Allianz zum Aufbau des Syrischen Staates», einer Gruppierung, die den Sturz des Regimes anstrebt, aber nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel, «um die Demokratisierung Wirklichkeit werden zu lassen». Sie hat Assads Verfassungsreferendum vom Februar 2012 und die Parlamentswahlen vom Mai 2012 boykottiert mit der Begründung, sie hätten nicht den Kern des Problems berührt, «geschweige denn die Forderungen der Menschen nach Freiheit und Würde.»

Mit aller Deutlichkeit aber wehrt sich die Allianz gegen jede Einmischung fremder Staaten. Ziel dieser Einmischung sei die Schwächung Syriens, und das gelinge am besten durch Aufteilung. Wie aber solle eine Grenzziehung zwischen den neu entstehenden Entitäten vollzogen werden, «zumal es solche Grenzen entlang ethnisch-religiöser Trennlinien nie gab und die Gruppen sozial stark miteinander verflochten sind»? Die einzelnen Gruppen verfügen weder über Strukturen noch über Anführer. In den Grenzregionen gibt es schon Versuche, die Herrschaft militanter Gruppen zu etablieren. Wenn der Tendenz nicht Einhalt geboten wird, gibt es einen Kampf «alle gegen alle», eine «Somalisierung». Höchstes Ziel ist es, die Einheit Syriens zu verteidigen.

Der Schmetterlingseffekt: Syrerinnen für den Frieden (Mouna Ghanem)

Erst zum Schluss kommen die Frauen zu Wort. Die Ärztin Mouna Ghanem bezieht sich auf die Chaostheorie, in der winzige Ursachen enorme Wirkung haben können. Sie hat in Syrien das Forum «Frauen und Demokratie» gegründet. «Das Forum Frauen und Demokratie fragt im Prozess des angestrebten demokratischen Wandels in Syrien danach, inwieweit dieser Prozess die Geschlechterverhältnisse berücksichtigt. Das Forum stellt Geschlechtergerechtigkeit und das Verbot sozialer, wirtschaftlicher, kultureller, zivilrechtlicher und politischer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in den Mittelpunkt.» Es will die Teilnahme der Frauen am politischen Leben festigen, schmiedet Allianzen und bietet Fortbildungsseminare und Workshops an, beteiligt sich aber auch an arabischen und internationalen Frauenkonferenzen.

Im Herbst 2012 nahmen 44 Syrerinnen an einem Workshop in Kairo teil. Sie kamen aus verschiedenen Regionen, waren vielfältiger ethnisch-religiöser Herkunft, und ihre politischen Standpunkte reichten «von Opposition bis zur Unterstützung des Assad-Regimes». Wichtig waren vertrauensbildende Massnahmen durch eine Dialogkultur, die alle Meinungen achtet und die verschiedenen Standpunkte respektiert. Dazu ein Satz, der westlichen Leserinnen besonders auffallen dürfte: «Die Meinung einer intellektuell elitären Minderheit von Frauen gilt nicht als die einzige Wahrheit.»

Das höchste Prinzip ist Gewaltlosigkeit. Frau Ghanem zitiert Gandhi: «Wir sollten an der Kraft der Wahrheit festhalten, dem Gegner keine Gewalt antun und diesen durch Geduld und Mitgefühl von seinem Irrtum abbringen.»

Die Story, die kommen musste

Assad setzt Giftgas ein?

Das Regime in Damaskus setzt chemische Kampfstoffe gegen seine Gegner ein. Das gilt den meisten Medien als mit hoher Wahrscheinlichkeit bewiesen. Die einzige Informationsquelle sind westliche Geheimdienste. Haben die Journalisten nichts dazugelernt?

Von Helmut Scheben

Eine Giftgas-Granate irgendwo hinzuschliessen, dürfte in der chaotischen Situation in Syrien nicht schwer sein. Und alle noch so tiefgründigen Experten-Analysen, die feststellen sollen, ob wirklich Giftgas eingesetzt wurde, sind reine Zeitverschwendung, wenn sie nicht nachweisen können, wer da geschossen hat. Aber da besteht kein Grund zur Sorge. Ohne Zweifel werden die notorischen westlichen Geheimdienste in Kürze auch «beweisen» können, dass Assads Armee – und nur sie – Giftgas geschossen hat.

Wer hat Interesse am Skandal?

Fragen eines einfachen Nachrichtenhörers: Welches Interesse sollte Assad haben, in der jetzigen Situation Giftgas einzusetzen? Setzt Assad Giftgas ein, um eine NATO-Intervention zu provozieren und sein eigenes Grab zu schaufeln? Wohl kaum.

Und weiter: Wer hat in der jetzigen militärischen Pattsituation wohl ein Interesse daran, einen Giftgas-Skandal zu inszenieren? Die Antwort ist klar. Es sind die sogenannten Rebellen, – eine Bezeichnung, die semantisch-assoziativ irgendwo zwischen Robin Hood und Piraten der Karibik angesiedelt ist, was weniger der Realität nahekommt als den Bedürfnissen westlicher Fernsehzuschauer nach einfacher Welterklärung.

Was von den Schweizer Medien zu erwarten wäre, ist die Diskussion der Desinformations-Problematik der Geheimdienste. Aber weit gefehlt. Im «Echo der Zeit» von gestern Abend (26. April) zum Beispiel wird mit eifriger Seriosität diskutiert, wie und ob die Experten den Einsatz von Giftgas überprüfen können. Als ob es darum ginge. Vielleicht wird man Rückstände von Sarin nachweisen können. Und weiter? Wo kommt das Giftgas her? In der Geschichte der «Erkenntnisse westlicher Geheimdienste» gibt es eine schier endlose Liste von fabrizierten Stories, die den Zweck verfolgten, die öffentliche Meinung zu manipulieren.

Saddam und die Massenvernichtungswaffen

Wieviel Experten haben monatelang Beweise für die famosen Massenvernichtungswaffen des Saddam-Regimes im Irak gesucht? Und wie viele Monate lang haben die europäischen Nachrichtensendungen das Spiel mitgemacht? Wie viele Bildbeiträge habe ich selbst 2002 und 2003 in der Schweizer «Tagesschau» zusammengeschnitten, auf denen UNO-Experten und Bilder von irgendwelchen Granaten zu sehen waren, in denen «Spurenelemente» von irgendwelchen Uranrückständen, bakteriologischen Kampfstoffen oder verdächtigen chemischen Substanzen vermutet wurden?

Es waren viele Beiträge über lange Monate, und all dem war eines gemeinsam, nämlich die subtile Suggestion, welche fleissig an der Konstruktion der Main Stream Opinion wirkte: Der Bösewicht Saddam hat Massenvernichtungswaffen, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir sie finden. Er hatte sie offenbar nicht, die Massenvernichtungswaffen. (...)

Lange Liste

Die Liste der geheimdienstlichen Elaborate ist ermüdend lang. Im August 1964 wurde ein amerikanisches

Kriegsschiff in der Bucht von Tonkin von vietnamesischen Schnellbooten angegriffen. Der Vorfall lieferte der Regierung Lyndon B. Johnson den Grund für den Beginn des Vietnamkrieges. Es war eine vom Geheimdienst konstruierte Falschinformation, wie Pentagon-Mitarbeiter 1971 aufdeckten.

Vier Jahrzehnte später hatte sich nichts geändert, obwohl – oder gerade weil – die Fernsehkameras an jedem Ort der Welt die Illusion von Unmittelbarkeit erzeugen. Die Medien der Welt sahen zu, wie Aussenminister Colin Powell 2003 vor den Vereinten Nationen trübe Satellitenfotos von Zisternenlastwagen zeigte und dabei versicherte, dies seien Saddam Husseins rollende Laboratorien für bakteriologische oder chemische Waffen. Es waren Fotos von Wassertransportern, mehr nicht. (...) Die Regierung George W. Bush führte die Welt in die Irre, um einen Krieg zu beginnen, der lange schon beschlossene Sache war.

Die CIA konstruierte eine Menge «Geheimdienst-Erkenntnisse», um Saddam Hussein Nuklearwaffen unterzuschieben. Joseph Wilson, ein amerikanischer Diplomat, wurde auf die falsche Fährte gesetzt, hatte aber genug Anstand und Ehrgefühl, um die notorischen Erkenntnisse seines Geheimdienstes als das zu entlarven, was sie waren: plumpe, amateurhaft fabrizierte Fälschungen.

Die internationalen Fernsehstationen verbreiteten die ergreifenden Story der Krankenschwester Najirah, die in einem Hearing der Menschenrechtskommission des US-Kongresses unter Tränen beteuerte, sie habe gesehen, wie irakische Soldaten den kleinen wehrlosen Babies in einem kuwaitischen Spital die Schläuche aus den Brutkästen zogen. Najirah war in Wirklichkeit die Tochter des kuwaitischen Botschafters in Washington, und die Brutkasten-Story war die Erfindung einer PR-Agentur, die für die westlichen Geheimdienste arbeitete.

Grauzone der Legalität

Ein Schattenreich der Manipulation und Fabrikation von Desinformation: Die notorischen Secret Services arbeiten in der Grauzone der Legalität und haben eine Menge auf dem Kerbholz. Wer stützte 1953 den iranischen Premier Mossadegh? Wer stürzte 1954 den Reformpräsidenten Jacobo Arbenz in Guatemala? Wer bildete die lateinamerikanischen Militärs in Panama in Counterinsurgency-Strategien aus? Wer finanzierte und unterstützte die Militärputschs in Lateinamerika? Wer erfand die Operation Condor in Südamerika, wer die Operation Phoenix in Vietnam? Wer unterstützte und finanzierte paramilitärische Einheiten, die in Italien den Terror säten? Wer baute Savimbis Unita in Angola auf? Wer baute die Mudshaheddin in Afghanistan auf? Wer lieferte den Contras in Nicaragua Waffen und bezahlte mit Kokain? Und Bagram? Guantánamo? Abu Ghraib? Viele Fragen, stets die gleiche Antwort.

Doch das scheint für die meisten Medien kein Thema zu sein. Es ist immer wieder frappierend zu sehen, wie dieselben Journalisten, die jahrzehntelang treu und brav auf die mehr oder weniger schlau fabrizierten «Erkenntnisse westlicher Geheimdienste» hereingefallen sind, heute stets aufs neue jeden Brei löffeln, den die Schlapphüte ihnen vorsetzen.

Quelle: journal21.ch; geringfügig gekürzt.



Kundgebung in Washington zur Schliessung des Folterlages Guantanamo. Foto Justin Norman/Shrieking Tree

5jährige mit Schusswaffen sind gefährlicher

Unendliche Feinde

Die Praxis der Zwangsernährung wird von den meisten medizinischen Organisationen verurteilt, einschliesslich der AMA (American Medical Association). Sie wird von den meisten Regierungen verboten. Sie ist Folter: Im Lager Guantanamo ist sie an der Tagesordnung.

Von Robert C. Koehler

Du bist auf einen Metalltisch geschnallt und kannst dich nicht bewegen. Sie fahren mit einem 60 cm langen Plastikschlauch in deine Nase und dann durch die Kehle hinab in deinen Magen. Sie spritzen das flüssige Protein hinein. Du würgst, blutest, erbrichst. Es tut unerträglich weh.

Als ich über diesen Vorgang las, durch den die Behörden den Hungerstreik im Folterlager Guantánamo Bay brechen, (...) war ich beeindruckt über dessen äusserste Effizienz. Die «Nahrung» wird direkt von der Bürokratie in das Verdauungssystem eingebracht, vorbei am Bewusstsein des jeweiligen Hungerstreikenden. Das menschliche Wesen, das in dessen Körper wohnt, ist völlig bedeutungslos; es stirbt nur, wenn wir das sagen.

Denk nur, wie mächtig wir sind. Denk nur, wie sicher wir sind.

(...) Viele der in Käfigen gehaltenen menschlichen Wesen waren, wie sich herausgestellt hat, an keinerlei terroristischen Aktivitäten welcher Art auch immer beteiligt. Sie wurden gegen Kopfgeld ausgeliefert, aufgrund von Verwechslungen verhaftet. Macht nichts. Diese gebrochenen Männer, gefangen in der Hölle unbefristeter Anhaltung, sind Amerikas Feinde und deshalb unfassbar gefährlich, zumindest nach dem Verständnis derjenigen, die den Sicherheitsstaat anführen.

Menschen «schaffen Feinde, um ein stabiles, kohärentes, klares Bild von der Welt aufrecht zu halten,» schrieb Nathan A. Hefflick 2011 in einem Artikel in Psychology Today. «Das liegt daran, dass sie das Negative der Welt (das sich ja nicht vermeiden lässt) diesen Feinden zuschreiben können ... Feinde zu haben gibt Menschen anscheinend sogar paradoxerweise das Gefühl grösserer Sicherheit.»

Soweit ich sagen kann, haben grosse Institutionen das Ichbewusstsein von unreifen Kindern. Tom Engelhardt sinniert zum Beispiel in einem vor kurzem erschienen Beitrag auf TomDispatch über den Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und das abrupte Ende des Kalten Kriegs, das der Welt nur mehr eine einzige dominierende Supermacht hinterliess: «Und hier kam es zu der merkwürdigen Sache nach Jahrzehnten des Wettrüstens,» schreibt er: «Als niemand mehr übrig war zum Wettrüsten, setzten die Vereinigten Staaten von Amerika das Wettrüsten allein fort.»

Und ein paar Billionen Dollars später geht's noch immer weiter. Wir können die Welt hundertmal zerstören, so Engelhardt, aber wir können «keinen Krieg gegen minimal bewaffnete Guerillas gewinnen.»

Wir können jedenfalls ihre Häuser überfallen, ihre Anführer mit Drohnenangriffen eliminieren, störrischen Staatsführern gegenüber mit unseren Säbeln rasseln und einen Gulag mit bösen, bösen Leuten betreiben, die praktisch null Rechte haben. Die Einrichtung in Guantánamo kostet das Budget etwa eine Million Dollar pro Häftling und Jahr, und die Amerikaner haben in Wirklichkeit mehr von Fünfjährigen mit Schusswaffen zu befürchten als von angeblichen Terroristen, aber darum geht es nicht. Wir brauchen Feinde. Die Heimatlandsicherheit ist eine Sache der Psychologie.

Daher ist Schuld oder Unschuld der Gefangenen in Guantánamo und aller unserer anderen Gefangenen irrelevant. Es spielt nicht einmal eine Rolle, dass die meisten Amerikaner wahrscheinlich lieber die Schliessung dieser Einrichtung sehen würden und mit grosser Mehrheit einen Präsidenten gewählt haben, der einmal versprochen hat, das zu tun. Nach dem Verständnis des herrschenden Konsenses und der gefügigen Medien befinden sich Terroristen nicht nur «da draussen» und planen den Umsturz unseres Lebensstandards, gerade wie damals die sowjetischen Generäle, sondern sie sind auch «hier bei uns,» in Käfigen, abgeschlossen, ihre Bösartigkeit unserer absoluten Kontrolle unterworfen. Sie können sich nicht einmal zu Tode hungern als letzten Akt des Protests gegen ihre Anhaltung. Sie haben kein Recht, als menschliche Wesen zu handeln, weil wir sie zu Terroristen erklärt haben.

In einer Welt des «wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein» sind wir natürlich keineswegs sicher – schon gar nicht, wenn wir unsere höchsten Werte über Bord werfen und einen grossen Teil der Welt dehumanisieren. Die meisten von uns verstehen das, zumindest als Individuen. Aber wie bringen wir ein Land dazu, erwachsen zu werden, besonders nachdem seine wichtigsten Aktionäre so viel Geld in seine anhaltende Unreife investiert haben?

Das Beste, was ich tun kann, ist James Carroll zu wiederholen, der diese Woche im Boston Globe schrieb, dass «der Weg, auf ihre Todesdrohung durch selbst auferlegtes Verhungern zu reagieren, nicht der ist, sie mit in die Nase eingeführten Schläuchen zu foltern, sondern die Berechtigung ihrer Forderungen anzusprechen.»

Robert Koehlers Artikel erscheinen auf seiner Website commonwonders.com, in der Huffington Post und vielen weiteren Websites und Zeitungen. Gekürzt aus www.antikrieg.com

Venezuelas neue Regierung setzt auf Produktion

Dialog mit der Privatwirtschaft

Wirtschaftspolitische Massnahmen sollen die Engpässe der Lebensmittelversorgung beenden. Präsident Maduro trifft Unternehmer.

Von Jan Kühn

Nach dem knappen Wahlsieg am 14. April hat Venezuelas Präsident Nicolás Maduro eine Reihe von Massnahmen eingeleitet, die die Produktion in dem südamerikanischen Land anregen sollen. Bei einer Reise in die Mitgliedsländer des Wirtschaftsverbundes Mercosurunterzeichnete Maduro insgesamt 51 Abkommen, allein 35 davon mit Argentinien. In diesem Rahmen sollen in Venezuela 200 neue Fabriken entstehen und die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden. Auch drei Abkommen mit Brasilien sind auf die Industrialisierung des Landes gerichtet, 13 Vereinbarungen mit Uruguay beziehen sich vorwiegend auf energetische Kooperation. In Zusammenarbeit mit dem Regionalbündnis ALBA will die Regierung ausserdem Sonderwirtschaftszonen aufbauen.



Präsident Nicolas Maduro. Foto SIBCI

Auch in Venezuela selbst präsentierte die Linksregierung im Monat nach der Wahl verschiedene wirtschaftspolitische Massnahmen. So werden Lebensmittel von der Mehrwertsteuer ausgenommen und einzelne Produkte wie Zucker werden staatlich subventioniert. Gleichzeitig erhöhte die Regierung die staatlich regulierten Preise von Milch, Fleisch und Milchprodukten um 20 Prozent und kündigte Investitionen in die Landwirtschaft an. Als Sofortmassnahme werden tonnenweise Lebensmittel aus Argentinien, Uruguay, Brasil und China importiert.

Provozierte Engpässe

Hintergrund der aktuellen Massnahmen sind Engpässe bei der Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Produkten des täglichen Bedarfs. Insbesondere seit Beginn des Jahres sind diese in verschiedenen Regionen des Landes häufig schwer zu bekommen. Zusammen mit neuen Massnahmen zur Verbrechensbekämpfung und einem 100-Tage-Plan zur Verbesserung der Stromversorgung geht die Regierung damit wesentliche Probleme an, die möglicherweise auch zu dem Stimmenverlust bei den jüngsten Wahlen geführt hatten.

Die Regierung spricht im Zusammenhang mit den Engpässen von einem «Wirtschaftskrieg» und beschuldigt die Privatwirtschaft, nicht ausreichend zu produzieren oder Lebensmittel zu horten, um Engpässe zu provozieren und die Preise in die Höhe zu treiben. Das vermutete Ziel ist dabei, Unzufriedenheit bei der Bevölkerung zu schaffen, um der Regierung die Unterstützung zu nehmen. Auffällig ist tatsächlich, dass derartige Prob-

leme vor allem in Wahlkampfzeiten zunehmen. Unterstützung erhält der Vorwurf auch aus Kolumbien: Dort hat ein Anwalt eine Anzeige gegen den ehemaligen Präsidenten Alvaro Uribe und den Ex-Kandidaten der Opposition in Venezuela, Henrique Capriles eingereicht. Der Vorwurf: Sie sollen seit 2011 gemeinsam daran gearbeitet haben, in Wahlkampfzeiten die Importe aus Kolumbien zu drosseln, um so Engpässe in Venezuela zu provozieren.

Hohe Inflationsrate

Demgegenüber machen Unternehmer und die Opposition die Regierung für die Entwicklung verantwortlich. Der Unternehmerverband Fedecámaras sieht vor allem die Devisenkontrollen als Ursache der mangelnden Produktion. 2003 hatte der damalige Präsident Hugo Chávez diese Kontrollen eingeführt, um Kapitalflucht zu un-

gen, beschuldigen die Unternehmer die Regierung, die Nachfrage nicht zu decken. Auch die Währungsabwertung im Februar und eine erneute Reform des Wechselsystems habe die Engpässe bei der Devisenvergabe nicht ausgleichen können, so die Kritiker. Hierdurch ergebe sich die wieder stark gestiegene Inflationsrate von über vier Prozent allein im Monat April und die nicht ausreichende Produktion.

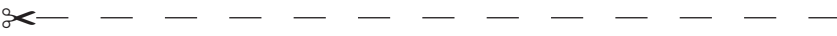
Zwar ist die Lebensmittelproduktion in Venezuela in den vergangenen Jahren stark angestiegen – die Vereinigung von Landwirten und Viehzüchtern (Cofagan) spricht von über 84 Prozent in 14 Jahren – jedoch ist auch der Verbrauch stark gestiegen. Dazu dürfte auch das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre und die Sozialpolitik der Regierung beigetragen haben, die fast vier Millionen Menschen aus der Armut geholt hat.

Konstruktiverer Ton

Während der Ton zwischen Linksregierung und Unternehmerv Vertretern zunächst scharf war, hat sich das Verhältnis nun schlagartig verbessert. Mitte Mai hatte Präsident Maduro den Besitzer des grössten Lebensmittelproduzenten des Landes, Lorenzo Mendoza von der Polar-Unternehmensgruppe, zu Gesprächen eingeladen. Dabeieinigten sich beide Seiten darauf, das Thema nicht zu «politisieren» und stattdessen konstruktiv an Lösungen zu arbeiten. Die Regierung stimmte ausserdem einer Preiserhöhung für manche Produkte zu und erklärte sich bereit, ein Umleitungssystem der Produkte zu beenden. Mendoza hatte zuvor beklagt, dass viele Produkte in die Hauptstadt Caracas geleitet worden seien, weshalb sie in anderen Teilen des Landes gefehlt hätten. Beide Seiten sagten zu, die Produktion so weit wie möglich hochzufahren. Die Regierung will hierzu die staatlichen Unternehmen «überprüfen». Mendoza hingegen gab an, dass die Fabriken seiner Firma bei voller Auslastung arbeiteten.

Stier bei den Hörnern gepackt

Auch bei weiteren Arbeitstreffen von Regierungsvertretern und Unternehmern wurden Wirtschaftsthemen beraten. Jorge Botti, Präsident von Fedecámaras, feierte daraufhin das «Klima des Dialogs» zwischen Privatwirtschaft und Regierung. Finanzminister Nelson Merentes habe «den Stier bei den Hörnern gegriffen» und das Wirtschaftsthema angegangen. (Quelle: amerika21.de)



Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

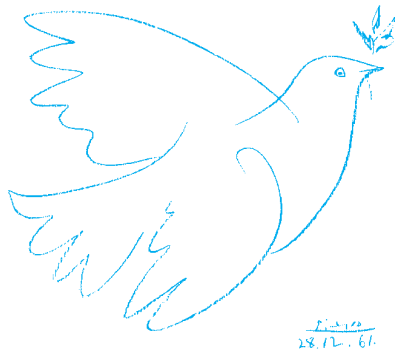
- ☐ Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- ☐ Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- ☐ Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- ☐ Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch



ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt



Assata Shakur in ihrem politischen Exil auf Kuba. Foto facebook

Warum das FBI Assata Shakur jagt

Assata for President

Die US-Bundespolizei FBI hat erstmals eine Frau auf ihre Liste der meistgesuchten Terroristen gesetzt – die 65-jährige Afroamerikanerin Assata Shakur, die einst der Schwarzenorganisationen Black Panther Party angehörte.

Von Doris Pumphrey

«Beschütze deine Familie, deine Gemeinde, dein Land, indem du dem FBI bei der Ergreifung von gesuchten Terroristen und Flüchtigen hilfst.» Mit diesem Satz leitet das FBI seine «Most-Wanted-List» ein. Seit Anfang Mai befindet sich erstmals eine Frau auf der FBI-Liste der zehn meistgesuchten Terroristen, die nach dem 11. September 2001 angelegt wurde: die 65-jährigen Afroamerikanerin Assata Shakur (vormals Joanne Chesimard). Das «Kopfgeld», das auf sie ausgesetzt war, wurde auf zwei Millionen Dollar erhöht.

Assata war seit den 60er Jahren politische Aktivistin, in der Studenten-

bewegung, im Kampf gegen den Vietnamkrieg und gegen den Rassismus. 1969 wurde sie Mitglied der Black Panther Party. FBI-Direktor J. Edgar Hoover hatte die Black Panthers zum Staatsfeind Nr. 1 erklärt und angewiesen, die Partei im Rahmen des »Counter-intelligence Program« mit allen Mitteln zu bekämpfen. In den folgenden Jahren kam es zu dem, was ein Untersuchungsausschuss des Senats 1976 als «geheimes Programm zur Vernichtung der Black Panther Party» bezeichnete – von Totalüberwachung, Erpressung, Festnahmen und strafrechtlicher Verfolgung unter fingiertem Vorwand bis hin zum Mord an über 20 Parteimitgliedern.

Auch Assata war vom FBI ins Visier genommen worden. 1973 wurde sie mit anderen Aktivisten im Auto von Polizisten angehalten. Es kam zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf Assata mit erhobenen Händen von einem Polizisten in den Rücken geschossen und schwer verletzt wurde. Einer ihrer Genossen und ein Polizist starben an Schusswunden. Ein rein weisses Geschworenengericht befand Assata 1977 des Mordes schuldig und sie wurde zu «lebenslänglich plus 33 Jahre» verurteilt, obwohl forensische Untersuchungen ihre Unschuld bewiesen. Nach ihrer Verurteilung erklärte Assata gegenüber dem Gericht: «Mit diesem Prozess haben Sie Freiheit und Demokratie lächerlich gemacht. Ich habe

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 4 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 7. Herzlichen Dank!

gegen den Polizeiterror protestiert, der an der schwarzen Bevölkerung verübt wird, und gegen die politische Unterdrückung. Ich werde mich nie mit dieser Ungerechtigkeit abfinden.»

Im November 1979 gelang ihr die Flucht aus dem Gefängnis. Am 5. Januar 1980 veröffentlichte die «New York Amsterdam News» eine ganzseitige Solidaritätsbotschaft: «Frieden für Assata Shakur. Wir sind sehr froh, dass du das neue Jahr 1980 in Freiheit verbringst. Deine Freiheit ist unser Sieg. Wir lieben und unterstützen dich. Bleib stark und frei. – Die schwarze Bevölkerung.» Seit 1984 lebt Assata in Kuba. Havanna gewährte ihr politisches Asyl gemäss internationalem Recht und der Flüchtlingskonvention; Fidel Castro hatte sich persönlich für sie eingesetzt.

Die neueste Aktion des FBI gegen Assata richtet sich natürlich auch gegen Kuba, dem die USA-Regierung seit Jahren versucht, «Unterstützung des Terrorismus» nachzuweisen. Angela Davis weist auf den Widerspruch

hin: «Zur gleichen Zeit, da Assata Shakur als erste Frau auf die Liste der zehn meistgesuchten Terroristen gesetzt wird, werden die Cuban Five, die versucht hatten, terroristische Anschläge gegen Kuba zu verhindern, in US-Gefängnissen festgehalten.»

Assata, die für viele zum Symbol des revolutionären Kampfes der Afroamerikaner geworden war, heute als Top-Terroristin einzustufen, hat auch innenpolitische Gründe. Die Gleichsetzung ihres Kampfes mit Terrorismus soll nicht nur die Geschichte der grossen progressiven Kämpfe in den USA kriminalisieren. Wenn die Sicherheit der Familie, der Gemeinde und des Landes» von Aktivistinnen wie Assata bedroht wird und wenn sie vor ihnen geschützt werden muss, dann zielt das auf die Einschüchterung jüngerer Generationen. Sie sollen davor gewarnt werden, sich heute in diesem immer dringenderen Kampf zu engagieren.

(Quelle: Neues Deutschland vom 14. Mai 2013)

Man nennt mich die gesuchteste Frau...

Auszüge aus einem Offener Brief von Assata Shakur aus dem Jahr 1998

Mein Name ist Assata Shakur, und ich bin eine entlaufene Sklavin im 20. Jahrhundert. Wegen der Verfolgung durch die Regierung hatte ich keine andere Wahl, als vor der politischen Repression, dem Rassismus und der Gewalt, die die Politik der US-Regierung gegenüber den Farbigen dominiert, zu flüchten. Ich bin eine ehemalige politische Gefangene, und seit 1984 lebe ich in Cuba im Exil.

Die längste Zeit meines Lebens war ich politische Aktivistin, und obwohl die US-Regierung alles in ihrer Macht stehende unternommen hat, um mich zu kriminalisieren, bin ich keine Kriminelle, war auch nie eine. (...)

Am 2. Mai 1973 wurde ich zusammen mit Zayd Malik Shakur und Sundiata Acoli auf der New Jersey Turnpike angehalten, angeblich wegen eines defekten Rücklichtes. Sundiata Acoli stieg aus dem Wagen, um zu erkunden, warum wir angehalten worden waren. Zayd und ich blieben im Auto. Dann kam der Beamte Harper zum Auto, öffnete die Tür und begann uns auszufragen. Weil wir schwarz waren und in einem Auto fuhren mit Kennzeichen aus Vermont, hielt er uns für verdächtig. Dann zog er seine Waffe, richtete sie auf uns und befahl uns, die Hände in die Höhe zu nehmen, vor ihm, wo er uns sehen konnte. Ich leistete dem Befehl Folge, und im Bruchteil einer Sekunde gab es einen Lärm von ausserhalb des Wagens, nur ein Moment, und ich wurde getroffen, mit erhobenen Armen, und dann noch einmal von hinten. Zayd Malik Shakur wurde später umgebracht, der Beamte Werner Foerster wurde umgebracht, und obwohl Harper sogar zugab, dass er geschossen und Zayd Malik Shakur umgebracht hatte, (...) wurde ich sowohl beschuldigt, Zayd Malik Shakur, der mein engster Freund und Genosse war, erschossen zu haben, als auch der Beihilfe am Tod des Beamten Foerster beteiligt gewesen zu sein. Niemals in meinem Leben habe ich mich so kummervoll gefühlt. (...) 1977 wurde

ich von einer rein weissen Jury verurteilt und zu lebenslänglicher Haft plus 33 Jahren verurteilt. 1979 wurde ich aus Sorge, dass ich im Gefängnis ermordet werden könnte und weil klar war, dass ich niemals Gerechtigkeit erfahren würde, aus dem Gefängnis befreit durch die Hilfe von engagierten Genossen, die die Tiefe der Ungerechtigkeit meines Falles verstanden und die sich die grössten Sorgen um mein Leben machten.

Der Report über geheimdienstliche Operationen innerhalb der USA der Church Commission des US-Senats 1976 enthüllte, dass das FBI versucht hat, die öffentliche Wahrnehmung von Personen und Organisationen zu beeinflussen, indem es abfällige Informationen über sie an die Presse weitergeleitet hat, entweder anonym oder über befreundete Nachrichtenkontakte. Dieselbe Politik wird offensichtlich auch heute noch betrieben. (...)

Colonel Williams von der New Jersey Polizei stellte fest, sie würden alles unternehmen, um mich von der Insel Cuba weg zu bekommen, und wenn es mit Kidnapping ginge, würden sie das auch tun. Ich denke, die Theorie lautet, wenn sie Millionen Afrikaner aus Afrika vor 400 Jahren kidnappen konnten, können sie auch eine afrikanische Frau heute kidnappen. Das ist nichts als ein Versuch der Wiedergeburt des Fugitive Slave Acts [Gesetz über entflohene Sklaven]. Alles, was ich verkörpere, ist ein weiterer Sklave, den sie zurück auf die Plantage bringen wollen. Gut, ich mag ein Sklave sein, aber ich werde bis in mein Grab ein rebellischer Sklave sein. Ich bin und fühle wie eine braune Frau. Ich werde niemals freiwillig die Bedingungen der Sklaverei akzeptieren, sei sie faktisch oder verschleiert, offiziell oder inoffiziell. In einem anderen Interview unlängst hat Williams darüber gesprochen, die Regierung um eine Erhöhung des Kopfgeldes um \$ 50 000 für meine Ergreifung zu ersuchen [seit Mai 2013 sind es Millionen Dollar...!, die Red.]. Er sprach auch darüber, Geld von aussen auf-

zutreiben, oder etwas ähnliches, über einen Wohltäter oder so. Nun, wer möchte etwas zu einem solchen Fall beitragen? Der Ku Klux Klan, die neonazistischen Parteien, die weissen Milizorganisationen? Aber es kommt noch dicker. Er sagt, dass das Geld Kopfgeldjäger anlocken könnte. (...) Das Ausmass ihres moralischen und ethischen Bankrotts ist sichtbar in ihrem Eifer, nicht nur die Gesetze zu brechen und Gangster anzuheuern, alles im Namen von law and order. Aber wisst ihr, was mich trifft, was mich wirklich entrüstet? Angesichts der verfallenden Schulen in Paterson, New Jersey, angesichts von Gegend in Newark, die wie Katastrophengebiete aussehen, angesichts der crack-Epidemie, angesichts der weitverbreiteten Armut und Arbeitslosigkeit in New Jersey möchten diese verderbten, dekadenten möchte-gerne-Sklavenhalter Regierungsgelder, um diese nigger-wench zurück an ihren Platz zu bekommen. Sie nennen mich die meistgesuchte Frau in Amerika. Ich finde das ironisch. Zuvor habe ich mich niemals sehr gesucht gefühlt. Als es um Arbeitsplätze ging, war ich niemals gesucht, als es um ökonomische Möglichkeiten ging, war ich niemals die meistgesuchte, als es um Wohnraum ging, auch nicht. Es scheint, dass Schwarze nur dann am meistgesuchten sind, wenn sie uns im Gefängnis haben wollen.

Aber in diesem Moment bin ich nicht so sehr um mich selbst besorgt. Jeder muss irgendwann sterben, und alles, was ich möchte ist, in Würde zu gehen. Ich Sorge mich mehr um die wachsende Armut, die wachsende Verzweiflung in Amerika. Ich Sorge mich mehr um die jüngeren Generationen, die die Zukunft repräsentieren. Ich Sorge mich mehr darum, dass ein Drittel der jungen Schwarzen entweder im Gefängnis sitzt oder unter der Zuständigkeit des kriminellen ungerechten Systems steht. Ich Sorge mich mehr über den wachsenden Gefängnis-industriellen-Komplex, der unsere Leute wieder in Sklaven verwandelt. Ich Sorge mich mehr um die Unterdrückung, die Polizeibrutalität, Gewalt, die steigende Welle des Rassismus, der die heutige politische Landschaft der USA ausmacht. Unsere Jungen verdienen eine Zukunft, und ich betrachte es als das Erbe meiner Vorfahren, Teil des Kampfes dafür, dass sie eine haben werden, zu sein. Sie haben das Recht, frei von politischer Unterdrückung zu leben. Die USA werden mehr und mehr zum Polizeistaat, und diese Tatsache zwingt uns dazu, gegen politische Repression zu kämpfen. Ich fordere euch alle auf, jede einzelne Person, die dieses Statement liest, für die Freilassung aller politischer Gefangenen zu kämpfen. Weil die Konzentrationslager in den USA zu Todeslagern werden, fordere ich euch auf, für die Abschaffung der Todesstrafe zu kämpfen. (...)

Freiheit für alle politischen Gefangenen, ich sende euch liebe und revolutionäre Grüsse aus Cuba, einem der grössten, widerständigsten und couragiertesten Palenques [so werden in Kuba die Fluchtstätten von Sklaven bezeichnet, die sich selbst befreit hatten, die Red.], das jemals auf dem Antlitz dieses Planeten existiert hat. (Quelle: infoverteiler.net)



«Assata for President» fordert eine neue facebook-Gemeinschaft seit Anfang Mai.